

6 / 02 / 03 / 12

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen

Gewalt gegen PVB – Befragung soll Klarheit schaffen

DIE ONLINE-BEFRAGUNG ZU GEWALT GEGEN POLIZISTINNEN UND POLIZISTEN IN NRW
STARTET AM 22. FEBRUAR – MACHT MIT!

NRW-Studie startet. Ihre Erfahrung zählt! Bitte beteiligen Sie sich!

Dieter Wehe
Inspekteur der Polizei NRW



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei vielen Einsätzen mit Konfliktsituationen erleben Sie ein hohes Maß an Aggressivität und Gewaltbereitschaft. Die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung ist gesunken, auch der Polizei gegenüber. 1.734 Kolleginnen und Kollegen wurden laut Lagebild des Landeskriminalamtes im Jahr 2010 durch gewalttätige Angriffe im Dienst verletzt, 13 davon schwer! Dies deutet auf eine grundsätzliche Nichtanerkennung staatlicher Autorität und eine gesteigerte Respektlosigkeit hin.

Die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen bewältigt jährlich rund vier Millionen Einsätze. Durch Ihr professionelles und deeskalierendes Einschreiten, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lösen Sie die allermeisten Konfliktsituationen kommunikativ. Eine qualifizierte Aus- und Fortbildung sowie eine umfangreiche Ausstattung, die in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert wurde, bieten Ihnen bereits heute einen größtmöglichen Schutz vor Gewalt und deren Folgen.

Angriffe gegen Polizeikräfte richten sich in der Regel nicht persönlich gegen Sie, sondern gegen Sie als Amtsträger staatlicher Autorität. Gegen diejenigen also, die Menschen- und Bürgerrechte tagtäglich vor Ort mit dem eigenen Leben und der eigenen Gesundheit schützen. Sie richten sich damit gegen den Staat und unsere Zivilgesellschaft insgesamt. Die deutliche Mehrheit der Bevölkerung vertraut der Polizei nach wie vor in hohem Maße. Wir genießen ein hohes Ansehen und die Bürgerinnen und Bürger verurteilen Gewalt gegen die Einsatzkräfte. Dies müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, auch wenn Kolleginnen und Kollegen verletzt oder übel beschimpft werden. Die Bevölkerung steht auf unserer Seite! Auch die Politik verurteilt die Gewalt gegen die Polizei, wie die Diskussionen im Innenausschuss belegen.

Vor diesem Hintergrund ist es sowohl im gesellschaftlichen Interesse als auch im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen, dass wir die Entwicklung von Gewalt, Bedrohungen und Beschimpfungen genau analysieren. Grundlage hierfür ist die Sonderauswertung des Landeskriminalamtes.

Es ist aber auch wichtig, Erfahrungen und Einschätzungen von Ihnen als Betroffene unmittelbar zu erhalten. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, eine Befragung aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unter wissenschaftlicher Leitung und Begleitung durchzuführen.

Meine herzliche Bitte an Sie alle ist: Beteiligen Sie sich an der Umfrage, damit wir eine möglichst umfassende Rückmeldung zu dem Thema »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen« erhalten. Einzelheiten finden Sie in diesem Heft.

Ich wünsche Ihnen stets eine gesunde Rückkehr aus dem Einsatz.

Ihr Dieter Wehe

TITEL

- 04 __ **Ein Arbeitstag am Kölner Ring**
Randalierer gehören zu unserem Alltag: Beleidigungen und Widerstand
- 06 __ **Hohe Teilnahme an Online-Umfrage ist entscheidend** NRW Studie »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte« startet
- 08 __ **Lagebild dokumentiert Gewalt-erfahrungen** Nur wenige Polizistinnen und Polizisten schwer verletzt
- 09 __ **Anonymisierung wird gewährleistet** Online-Befragung hält hohen Datenschutzstandard ein
- 10 __ **Interviews ergänzen die Online-befragung** Wissenschaftliche Studie zur »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte«

EINSATZ

- 12 __ **12.000 Kräfte aus Bund und Land waren im Einsatz** Die Sicherung der Castor-Einsätze im Jahr 2011
- 14 __ **Polizeiarbeit ist auch echtes Handwerk** Die 2. Technische Einsatz-Einheit (TEE) NRW sichert den Castor-Transport
- 16 __ **Stresstest für den neuen Digital-funk in NRW** Im erweiterten Probebetrieb werden alle Funktionen getestet
- 17 __ **NRW-Initiative dient als Leitbild für andere Bundesländer** Innenministerkonferenz zum Kampf gegen Gewalt im Fußball



04 GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE: BELEIDIGUNG UND WIDERSTAND GEHÖREN ZUM ALLTAG

KRIMINALITÄT

- 18 __ **Unter verschärfter Kontrolle** Maßnahmen gegen Rechtsterrorismus in NRW
- 21 __ **Koordiniert gegen rechtsextreme Kriminalität vorgehen** Das neue Kompetenzzentrum gegen Rechts beim LKA
- 22 __ **Neonazi-Szene unter Druck setzen** »Spezielle Sonderkommission« gegen Rechtsextreme in Dortmund
- 24 __ **Polizei im Ruhrgebiet geht verstärkt gegen Einbrecher vor** Zentrale Datenbank zu Serieneinbrüchen im Ruhrgebiet in Betrieb
- 25 __ **Schritt für Schritt zum Erfolg** Zentralstelle Evaluation: Praxisorientierte Beratung bei neuen Konzepten

PERSONALIEN

- 27 __ **Gemeinsam die Zukunft gestalten** LAFP NRW veranstaltet zum fünften Mal den »Tag der Kulturen«
- 29 __ **»Eine Polizei für Alle«** Gabriela Románková über kulturelle Vielfalt in der tschechischen Polizei
- 30 __ **Kriminelle kennen keine Grenzen** Joop Siemers und Linda de Wals blicken in die Zukunft der Polizeiarbeit
- 31 __ **Spontan die richtigen Worte finden** Training sozialer Kompetenzen an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung
- 33 __ **Hilfsangebote für gefährdete Kinder** NRW-Initiative »Kurve kriegen« in Köln: Maßnahmen haben begonnen
- 34 __ **Gedenken an Nicole Steiner** POKin starb im Alter von 37 Jahren

PRISMA

- 35 __ **Rettungsmedaillen des Landes NRW verliehen** Minister Jäger zeichnet auch mehrere Polizisten aus
- 38 __ **Meister im Team und als Einzelkämpfer** Tolle Leistungen der Polizeisportler aus NRW
- 40 __ **NRW-Polizisten für Engagement am Hindukusch geehrt** Innenminister Jäger verleiht Afghanistan-Spange
- 41 __ **Zeitzeugen gesucht** 50 Jahre Streife – wie war das damals?

PREISRÄTSEL

- 42 __ **Heiße Zeiten** Die Streife verlost 2x2 Freikarten



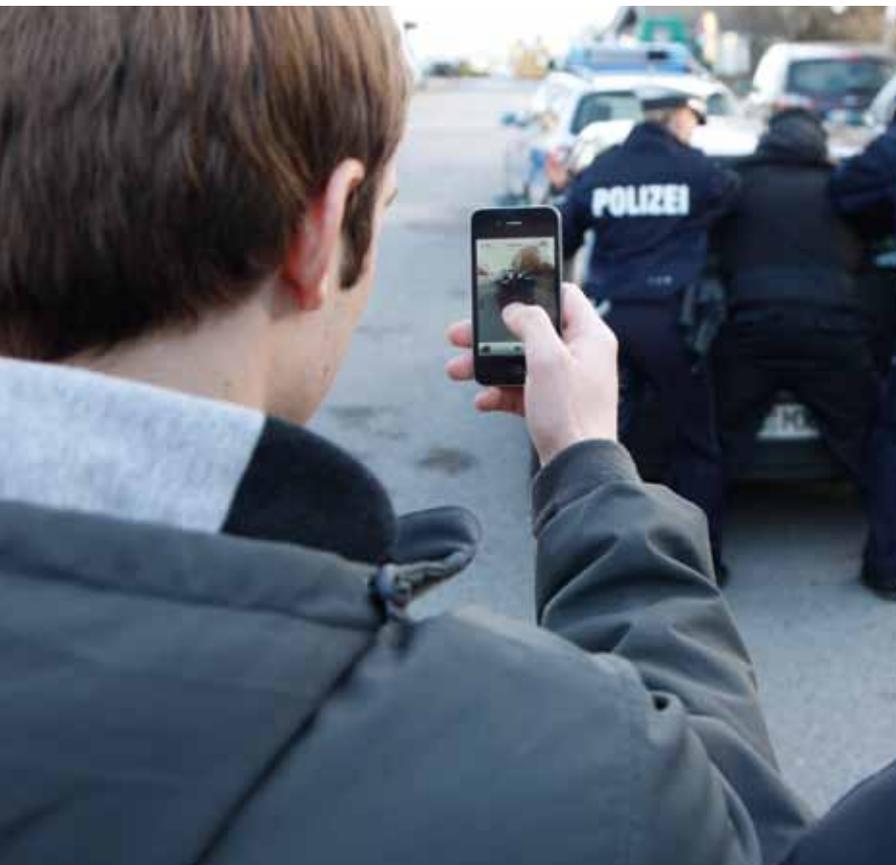
22 RECHTSEXTREMISMUS UNTER VERSCHÄRFTER KONTROLLE



24 POLIZEI IM RUHRGEBIET GEHT VERSTÄRKT GEGEN EINBRECHER VOR



Fotos (3): Jochen Tack



(M)EIN ARBEITSTAG AM KÖLNER RING

RANDALIERER GEHÖREN ZU UNSEREM ALLTAG: BELEIDIGUNGEN UND WIDERSTAND

»Samstagabend in der Kölner City: Die Stadt ist mit ihren Theatern, Musicals und ihren schier unendlichen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung Anziehungspunkt für viele Menschen. Vergnügungsviertel, Discotheken, Bars und Gaststätten locken an wie ein Magnet. Ich löse den Spätdienst ab. Ich drehe mit meinem Kollegen eine Aufklärungsrunde über die Ringe hin in die Altstadt. Die ersten Streitereien zwischen angetrunkenen Personengruppen lassen nicht lange auf sich warten. Die erste »dringende Unterstützung« über Funk von Kollegen, die sich in Not befinden und angegriffen werden, leider auch nicht.

A Iso Blaulicht und Horn an und los geht's mit Sonderrechten zum Einsatzort. Es herrscht viel Verkehr. Auf den Straßen befinden sich feiernde, betrunkene und pöbelnde Menschen. Das bedeutet viel Stress, aber daran haben wir uns ja schon gewöhnt.

Der Großteil der Kolleginnen und Kollegen versucht, uns die Schaulustigen vom Leib zu halten, die sich immer wieder mit den Randalierern solidarisieren. Während wir die Hauptakteure fixieren, werden wir natürlich erst mal alle aus der Menge heraus beleidigt. »Wichser, Arschloch, Bullenschweine« gehören noch zu den netteren Bezeichnungen. Natürlich wird auch mit dem Smartphone gefilmt. Jeder von uns ist gespannt darauf, wann und unter welchem Schlagwort er sich demnächst bei »Youtube« wiederfinden wird.

Nach einer Lagebereinigung durch rund 20 Kolleginnen und Kollegen werden drei stark angetrunkene Randalierer, die erheblichen Widerstand leisten, ins Polizeigewahrsam transportiert.

Während wir auf der Wache die Anzeige schreiben, fragt mich mein Kollege, ob ich denn die Biergläser, die direkt neben meinem Kopf an der Wand zersplitterten, nicht bemerkt habe. Hatte ich nicht, da ich gerade mit der Fixierung eines der Randalierer beschäftigt war.

Wir übergeben an den Frühdienst und informieren sie, dass die Straßen immer noch sehr voll sind und die Stimmung recht aggressiv ist. Danach treffen wir uns noch mit ein paar Kollegen und lassen die Nacht noch einmal Revue passieren. Zum Glück wurden in dieser Nacht keine Kollegin und kein Kollege verletzt.

Die Anzahl der An- und Übergriffe sowie der daraus resultierenden Folgen wird statistisch erst in den letzten Jahren für das Lagebild des Landeskriminalamtes erhoben. Aber bei uns verfestigt sich bereits der Eindruck: Die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist alarmierend hoch. Das Phänomen der Gewalt gegen PVB wird jedoch nicht nur in Großbehörden mit Sorge beobachtet. Es ist ein landesweites Problem.

Das oben genannte Beispiel scheint eine Entwicklung aufzuzeigen. Eine wirksame Verhinderung von Angriffen und deren Abwehr kann nicht allein durch die deutlich verbesserte Eigensicherungsausstattung (Schutzwesten, Helm, Einsatzmehrzweckstock) erreicht werden. Es muss untersucht werden, welche Möglichkeiten zum Schutz der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten darüber hinaus möglich sind.

Daher entschloss sich der Innenminister im April 2010 eine Landesprojektgruppe einzurichten, welche eine Studie des Phänomens »Gewalt gegen PVB« auf Landesebene vorbereiten und begleiten soll. Im Mittelpunkt dieser Studie steht eine anonyme Online-Befragung, die im Frühjahr 2012 landesweit durchgeführt wird.

Wichtig ist, dass wir – nämlich alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten – bei der Befragung mitmachen. Es wird keinerlei Möglichkeit geben, einen Rückschluss auf die Personalien der Teilnehmenden zu ziehen. Die Aussagekraft der Studie und damit die Möglichkeiten, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen abzuleiten, sind von einer hohen Beteiligung abhängig.

Ihr werdet voraussichtlich etwas Zeit benötigen, um den Fragebogen auszufüllen und abzuschicken. Klar, man könnte in dieser Zeit etwas anderes machen, aber denkt daran, dass die Zeit verdammt gut investiert ist. Ihr erhöht die Chance, euch und eure Kolleginnen und Kollegen zu schützen. Und jeder Einzelne, der nicht verletzt wird, ist doch ein Erfolg!« ///

Erlebnisbericht von PHK Martin Lülldorf vom PP Köln

HOHE TEILNAHME AN ONLINE-BEFRAGUNG IST ENTSCHEIDEND **NRW STUDIE »GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTINNEN UND POLIZEIBEAMTE« STARTET**

Konflikte und Gewalt sind in allen Lebensbereichen und allen gesellschaftlichen Schichten anzutreffen. Sie erfordern häufig die Intervention der Polizei. Bei diesen Einsätzen besteht ein erhöhtes Risiko der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, selbst Opfer von Gewalt zu werden. Davon ist insbesondere der Wachdienst betroffen. 84,4 Prozent der Sachverhalte ereigneten sich im Jahr 2010 bei einem Einsatz im täglichen Dienst.

Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erleben täglich

- > eine grundsätzliche Nichtanerkennung der staatlichen Autorität bzw. der gesellschaftlichen Werteordnung,
- > eine gesteigerte Respektlosigkeit gegenüber Justiz-, Sicherheits- und Ordnungsbehörden,
- > ein hohes Maß an Aggressivität und Gewaltbereitschaft sowie eine niedrige Hemmschwelle zur Gewaltanwendung und
- > Verhaltensweisen, die von Provokationen und Aggressionen unterhalb der Strafbarkeit bis zur massiven, gezielten Gewalt reichen.

Die Folgen der Gewalt reichen von Prellungen, Schürf- und Platzwunden, wenn sich Personen – häufig alkoholisiert – gegen eine Festnahme oder einen Platzverweis mit Schlägen, Tritten und Kopfstößen wehren bis hin zu massiven Verletzungen bei gezielten Angriffen. Hinzu kommen individuell unterschiedlich erlebte psychische Belastungen und deren Auswirkungen.

1.734 Polizistinnen und Polizisten wurden im Jahr 2010 verletzt, 13 von ihnen schwer. Festzustellen ist eine neue Qualität und Intensität der Gewalt. Dies zeigen einzelne Gewaltexzesse aus der jüngsten Vergangenheit wie die Gewalttat im Juli letzten Jahres gegen ein Gelsenkirchener Streifenteam. Das Team erhielt den Auftrag, einen »Parkunfall« aufzunehmen. Am Einsatzort angekommen, wurden sie unvermittelt von einem jungen Mann mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt. Sie überlebten nur, weil Kolleginnen und Kollegen sofort professionell Erste Hilfe geleistet hatten.

Schutz vor Gewalt und deren Folgen hat höchste Priorität

»Wir müssen darauf hinwirken, dass das Handeln von Polizisten wieder mehr respektiert und wertgeschätzt wird«, sagte NRW-Innenminister Ralf Jäger bei der Vorstellung des Projektes im Dezember 2011. Für die Landesregierung hat der Schutz der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor Gewalt und deren Folgen höchste Priorität: Aus- und Fortbildung, Einsatztaktik und Ausstattung werden fortlaufend überprüft und angepasst. So wurde im vergangenen Jahr unter anderem der Wachdienst mit Einsatzmehrzweckstöcken und Schutzhelmen ausgestattet und das Einsatztraining ausgebaut.

Zusätzliche aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse sind notwendig

Um das Phänomen »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte« darstellen und den ggf. weiteren Handlungsbedarf prüfen zu können, muss das Lagebild um aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse ergänzt werden.

Seit Januar 2010 erhebt das Landeskriminalamt gemeinsam mit den Kreispolizeibehörden die erforderlichen Daten und erstellt das jährliche Lagebild »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in NRW« (s. Seite 18). »Wir brauchen diese objektive Erfassung der Taten, damit wir die Gewalt beschreiben und Entwicklungen rechtzeitig erkennen können. Genauso wichtig ist es aber auch zu wissen, wie unsere Polizisten ihre Situation persönlich empfinden«, betonte der Innenminister. »Die Studie wird uns die notwendigen Erkenntnisse liefern, um unsere Polizistinnen und Polizisten auch in Zukunft bestmöglich zu schützen und zu betreuen.«



Fotos (2): Jochen Tack



Die Entscheidung für eine eigene NRW-Studie ist richtig

Zuerst war geplant, dass NRW an einer wissenschaftlichen Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) zu diesem Thema mitwirkt. Das Innenministerium hatte die Entwicklung der Projektskizze und des Fragebogens gemeinsam mit dem Landeskriminalamt intensiv begleitet.

Der vom KFN entwickelte Fragebogen führte jedoch zu einer langen und kontroversen öffentlichen Diskussion. Denn er enthielt u. a. viele Fragen zur Persönlichkeit und zu Einstellungen der Befragten. Das KFN besserte den Fragebogen zwar nach, konnte aber nicht alle Bedenken beseitigen. Es war klar: In dieser Form würden die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten den Fragebogen kaum akzeptieren. Als Folge davon hätten die Ergebnisse der Studie nur eine geringe Aussagekraft gehabt.

Auch beim Thema Datenschutz gab es keine für NRW zufriedenstellende Regelung. So konnte das KFN den Vertragspartnern keinen Genehmigungsvorbehalt hinsichtlich der Weiterverwendung der erhobenen Daten einräumen.

Deswegen haben neben Nordrhein-Westfalen die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen und Sachsen sowie der Bund ihre Zusage zurückgezogen, sich an der Studie des KFN zu beteiligen. Nach diesem Rückzug entschied der Innenminister, eine eigene Studie in Nordrhein-Westfalen durchzuführen.

Die NRW-Studie zu Gewalt gegen PVB startet

Das Innenministerium hat im April 2010 eine Projektgruppe unter Leitung des Leitenden Polizeidirektors Uwe Gebranzig vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFF NRW) eingerichtet, um eine eigene Studie zum Phänomen »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen« unter wissenschaftlicher Begleitung vorzubereiten und durchzuführen. Zur Projektgruppe gehören Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LAFF NRW, des Landeskriminalamts (LKA NRW), des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste

(LZPD NRW), des Polizeipräsidiums Köln und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV NRW) sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des LKA NRW und des LAFF NRW. Der Polizeihauptpersonalrat ist von Beginn an in das Projekt eingebunden und begleitet die Arbeit der Projektgruppe.

In einem intensiven und engen Abstimmungsprozess mit dem Innenministerium hat die Projektgruppe die notwendigen Grundlagen für diese Studie geschaffen und deren Durchführung sorgfältig vorbereitet.

Vom 22. Februar bis 1. April 2012 wird eine landesweite Online-Befragung stattfinden: »Wesentlich für den Erfolg der Studie wird die hohe Beteiligung der über 42.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sein«, so Innenminister Ralf Jäger. Dabei werden alle Polizisten in Nordrhein-Westfalen gefragt, ob sie im Jahr 2011 während des Dienstes gegen sich gerichtete Gewalt erlebt haben. Falls ja, wird gefragt, welcher Art von Gewalt (tätlich oder nicht-tätlich) sie ausgesetzt waren. Und schließlich sollen die Befragten berichten, wie sie diese Situation und alles, was dienstlich und persönlich damit im Zusammenhang stand, erlebt und bewertet haben. Für die Inhalte der Befragung und die Auswertung der Antworten sind der Psychologieprofessor Thomas Bliessener und sein Team an der Universität Kiel verantwortlich. ///

Udo Tönjann



LAGEBILD DOKUMENTIERT GEWALT- ERFAHRUNGEN NUR WENIGE POLIZISTINNEN UND POLIZISTEN SCHWER VERLETZT

Das Lagebild stellt das Hellfeld der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im weiteren Sinne dar. Neben tätlichen Angriffen und Drohungen werden auch der passive Widerstand und Beleidigungen erfasst.

Die Grundlage bilden alle angezeigten Straftaten gegen Polizeibeamte, die sich während des Dienstes oder im Zusammenhang mit dem Dienst ereignet haben und erfasst wurden – einschließlich der Versuche.

Zu den Straftaten gehören (laut Katalog) Widerstand, Gefangenbefreiung, Körperverletzungsdelikte, Tötungsdelikte, Raubdelikte, Bedrohung, Nötigung, Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung und Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr.

Für das Lagebild des Jahres 2010 wurden 6.007 Vorgänge erfasst, davon 4.285 Vorgänge (71,3 Prozent), bei denen mit Gewalt gedroht, Gewalt ausgeübt oder dies zumindest versucht wurde.

Die Kreispolizeibehörden in NRW haben im gleichen Zeitraum insgesamt 4.040.768 Einsätze im Computereinsatz-, Bearbeitungs-,

Informations- und Unterstützungssystem CEBIUS dokumentiert. Demnach kam es landesweit bei 0,15 Prozent der Einsätze zu Gewalt, Beleidigungen oder passivem Widerstand gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. 84,4 Prozent der erfassten Vorgänge betrafen den täglichen Dienst.

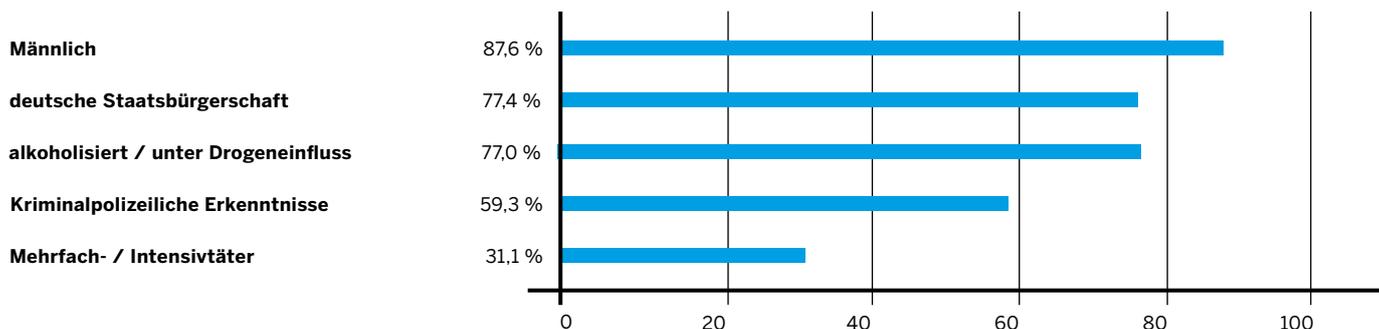
Im Rahmen der erfassten Straftaten wurden 9.460 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte geschädigt. 1.734 der Geschädigten wurden verletzt, davon 13 schwer. 88,2 Prozent der Verletzten wurden leicht verletzt und blieben dienstfähig.

Die Tatverdächtigen sind überwiegend männliche deutsche Erwachsene. Bei den Übergriffen waren sie oft betrunken oder hatten Drogen genommen. Viele sind bereits vorbestraft oder einschlägig bekannt.

Das Alter der Tatverdächtigen reicht von acht bis 97 Jahren. Mehr als die Hälfte der Tatverdächtigen kommt aus der Altersgruppe der 17- bis 30-Jährigen. 20 Prozent aller Tatverdächtigen gehören der Altersgruppe der 19- bis 22-Jährigen an.

Grafik 02 /// Tatverdächtige

Gesamtzahl = 6.332



ANONYMISIERUNG WIRD GEWÄHRLEISTET ONLINE-BEFRAGUNG HÄLT HOHEN DATEN- SCHUTZSTANDARD EIN

Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sowie Ihre Angaben, die Sie in der Online-Befragung machen, sehr ernst und halten uns strikt an die Regeln der Datenschutzgesetze. Wir sind uns bewusst, dass Ihr Vertrauen Voraussetzung für den erfolgreichen Ablauf der Online-Befragung ist. Gerne informieren wir Sie darüber, welche Daten zu welchem Zweck erhoben werden und wie damit umgegangen wird.

Die datenschutzrechtlichen Grundsätze der Befragung wurden unter Mitarbeit der Datenschutzbeauftragten des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) erarbeitet. Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig und anonym. Rückschlüsse auf die Person der Teilnehmer sind nicht möglich und auch nicht beabsichtigt.

Erhebung und Anonymisierung personenbezogener Daten

Der Zugang zur Befragung erfolgt zweigeteilt. Der Link wird per E-Mail an alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB) versandt. Die Zugangsdaten druckt IT.NRW in ein Anschreiben. kuvertiert sie und liefert jeder Polizeibehörde per Post ein Paket mit den verschlossenen, nicht individuell adressierten Umschlägen. Die Umschläge werden dann in den Behörden über die Führungskräfte nach dem Zufallsprinzip an die PVB verteilt. Somit ist keine namentliche Zuordnung der Befragungsergebnisse möglich. Aus den Zugangsdaten wird ein Code generiert, der ebenfalls keine Rückschlüsse auf den benutzten Computer und die NW-Kennung gibt.

Der Zugriff auf die Website der Online-Befragung erfolgt SSL-verschlüsselt direkt aus dem internen Polizeinetz CNPOL über das Internet auf die Server der Globalpark AG. Nach Abschluss der Befragung wird durch die Globalpark AG ein Rohdatensatz aus dem System generiert, ohne Zugangsdaten gespeichert und an die Universität Kiel weitergegeben.



Die erhobenen Befragungsergebnisse werden durch wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Kiel ausgewertet und in einem Gesamtbericht zusammenfassend dargestellt. Die personenbezogenen (nur soziodemographischen) Daten werden ausschließlich für diesen Gesamtbericht genutzt, um Gruppenunterschiede zu untersuchen, wie z. B. »Unterscheiden sich die Angaben von Männern und Frauen?« oder »Gibt es Unterschiede in den Altersgruppen?«. Die Auswertung und Darstellung der Ergebnisse wird so erfolgen, dass in keinem Fall Rückschlüsse auf einzelne Personen möglich sind. Das heißt: Gruppenvergleiche erfolgen nur dann, wenn pro Gruppe mindestens fünf Personen geantwortet haben.

Sie haben jederzeit die Möglichkeit, sich an die Datenschutzbeauftragte des LAFP NRW zu wenden. /// **Susanne Klink**

➔ **So erreichen Sie Susanne Klink:**
Tel.: 07-481-82 50 bzw. 02592 68-82 50

E-Mail: susanne.klink@polizei.nrw.de

Im IntraPol der Polizei NRW ist die Online-Umfrage eingestellt unter: <http://intrapol.polizei.nrw.de/Einsatz/taegDienstE/GewaltgegenPolizeibeamte/Seiten/default.aspx>

INTERVIEWS ERGÄNZEN DIE ONLINE-BEFRAGUNG **WISSENSCHAFTLICHE STUDIE ZUR »GEWALT GEGEN POLIZEI-BEAMTINNEN UND POLIZEIBEAMTE«**

Die Studie soll Zusammenhänge aufklären und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Sie wird von dem Psychologen Prof. Dr. Thomas Bliesener und seinem Forschungsteam in Kiel durchgeführt.

Thomas Bliesener wuchs in Westfalen auf, studierte an der Universität Bielefeld Psychologie und wurde im Jahr 2000 als Professor auf den Lehrstuhl für Entwicklungspsychologie, Pädagogische Psychologie und Rechtspsychologie der Universität Kiel berufen. In seinen Forschungsarbeiten beschäftigt er sich unter anderem mit der Entwicklung von abweichendem Sozialverhalten, Aggression, Gewalt und Kriminalität von der frühen Kindheit bis in das Erwachsenenalter. In der Vergangenheit hat er bereits in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt NRW die Studie »Evaluation des polizeilichen Umgangs mit jungen Intensivtätern« durchgeführt.

Streife: Herr Professor Bliesener, Sie führen nun die Befragung für die Polizei NRW durch. Was gehört alles dazu?

Prof. Dr. Thomas Bliesener: Wir führen eine Online-Befragung zum Themenfeld Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte durch. Eine besondere Beachtung sollen dabei die Bereiche Betreuung/Fürsorge, Aus- und Fortbildung, Nachbereitung, Belastung und Ausstattung haben, um hier einen Handlungsbedarf zu ermitteln. Die inhaltliche Gestaltung dieser Befragung, die Entwicklung des Fragebogens und die Durchführung liegen allein in den Händen meines Forschungsteams in Kiel. Unterstützung erhalten wir von einem bei der Polizei NRW eingerichteten Projektteam. Diese Hilfe ist gelegentlich notwendig, da wir als Externe manche internen polizeilichen Vorgänge nicht hinreichend genau

kennen. Die Aufbereitung und Auswertung der durch IT.NRW erhobenen Umfragedaten liegt ganz allein in unserer Hand und wird von unserem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse geleitet.

Die Online-Befragung ist aber nur ein Teil der Studie. Komplexe Vorgänge, das persönliche Erleben und subjektive Empfindungen lassen sich in der Regel nur schwer durch vorgegebene Fragen erfassen. Wir werden deshalb im Anschluss an die Online-Befragung eine Interviewstudie durchführen, in der wir die Nachbereitung und die individuelle Verarbeitung belastender Gewalterfahrungen, die Auswirkungen auf den Alltag und die erlebten Reaktionen des Umfeldes erfragen wollen.

Streife: Was sind die Inhalte und Ziele der Befragung? Wird nur nach körperlichen Angriffen gegen Polizistinnen und Polizisten gefragt?

Bliesener: Wir wollen herausfinden, wie gut die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten durch ihre Ausbildung und die verschiedenen Fortbildungsangebote auf Situationen vorbereitet sind, in denen es zu Gewalthandlungen kommt oder kommen kann, die gegen sie gerichtet sind.

Wie erleben die Polizistinnen und Polizisten die Betreuung und Fürsorge bei Gewalterlebnissen durch Vorgesetzte und Dienststelle? In welcher Form werden Gewalterlebnisse polizeiintern nachbereitet? Uns interessiert auch, welche Ausmaße und Formen der erfahrenen Gewalt von ihnen als Belastung erlebt werden und wie mit dieser Belastung umgegangen wird. Dabei haben wir nicht nur tätliche Angriffe im Fokus, sondern betrachten auch Vorfälle, die als bedrohlich wahrgenommen werden oder evtl. allein aufgrund ihrer Häufigkeit als belastend erlebt werden können. Dies können auch Beleidigungen, Drohungen oder Distanzunterschreitungen sein. Schließlich erfragen wir auch die Einschätzung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bezüglich der Funktionalität und Qualität ihrer Ausstattung und inwieweit beispielsweise Führungs- und Einsatzmittel bei der Vermeidung und Abwehr von Gewalthandlungen hilfreich sind.

Streife: Wer genau wird befragt – nur Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst angegriffen wurden?

Bliesener: Nein, um ein repräsentatives Bild des Phänomens zu erhalten, ist es wichtig, dass möglichst alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in NRW an der Online-Befragung teilnehmen, also auch diejenigen, die bisher keine oder aus ihrer Sicht nicht nennenswerte Gewalt im Dienst erfahren haben. Nur wenn sich gleichermaßen sowohl die, die Übergriffe im Dienst erlebt haben, als auch diejenigen, die keine Gewalt erlebt haben, an der Studie beteiligen, können wir belastbare Ergebnisse erzielen, Handlungsbedarfe erkennen und einschätzen sowie Handlungsempfehlungen ableiten, die es der Polizei NRW ermöglichen, den Herausforderungen der heutigen Gesellschaft künftig noch effektiver zu begegnen.

Streife: Die Befragung soll als Online-Befragung über die CN-Pol-Rechner durchgeführt werden. Wer erhält Zugriff auf die Antworten?

Bliesener: Die Online-Befragung erfolgt ausschließlich über die CN-Pol-Rechner. Zugriff auf die Daten erhalten nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsteams in Kiel, die sämtlich zur Verschwiegenheit und Einhaltung des Datenschutzkonzeptes verpflichtet sind. Eine Re-Identifikation der auskunftgebenden Person ist anhand der erhobenen Daten nicht möglich.



Prof. Dr. Thomas Bliesener, Universität Kiel

Die Interviews werden im persönlichen Kontakt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Forschungsteams aus Kiel durchgeführt. Natürlich ist auch die Teilnahme an diesen Interviews freiwillig. Die Vereinbarungen über Ort und Zeit dieser Interviews werden individuell vorgenommen. Diese freiwillige Meldung soll an die E-Mail-Adresse nrw-studie2012@psychologie.uni-kiel.de erfolgen.

Streife: Was geschieht mit den Ergebnissen der Befragung?

Bliesener: Einen ersten Ergebnisbericht werden wir dem Ministerium im Herbst 2012 vorlegen. Die gesamte Untersuchung einschließlich der Interviewstudie wird im September 2013 abgeschlossen, so dass das MIK NRW im Herbst 2013 einen Abschlussbericht erhält, der alle Befunde integriert und Handlungsbedarfe und Handlungsempfehlungen benennt. Die Veröffentlichung der Studienergebnisse und Bekanntgabe an die einzelnen Polizeibehörden erfolgt durch das Ministerium für Inneres und Kommunales. ///

Redaktion Streife





Fotos (2): TEE Wuppertal



12.000 Kräfte aus Bund und Land waren im Einsatz Die Sicherung der Castor-Einsätze im Jahr 2011

Das Land Nordrhein-Westfalen hat – wie in den Vorjahren – das Land Niedersachsen mit einer umfangreichen Gestellung von Einsatzkräften sowie Führungs- und Einsatzmitteln in der Haupteinsatzphase unterstützt. Dabei hat das LZPD NRW die Entsendung koordiniert.

Zunächst zum besseren Verständnis eine Passage aus den Einsatzleitlinien des »CA 14«, wie der Einsatz amtlich abgekürzt hieß:

»Die Bundesrepublik Deutschland hat sich durch einen völkerrechtlichen Vertrag zur Rücknahme der bei der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in der Anlage in La Hague (F) anfallenden radioaktiven Abfälle verpflichtet.

Daraus ergibt sich der polizeiliche Auftrag, einen sicheren Transport der Castorbehälter in das Transportbehälterlager Gorleben zu gewährleisten.«

Was hier kurz und prägnant ausgedrückt ist, stellt bekanntermaßen zum einen den politischen und gesellschaftlichen Fundamentalkonflikt dar und ist zum anderen, wohl daraus resultierend, seit Jahren Deutschlands größter Polizeieinsatz.

Auch der Castor-Einsatz 2011 hat

- > sich in mehreren Vor- und Hauptphasen über insgesamt mehr als drei Monate erstreckt,
- > allein in Deutschland eine räumliche Ausdehnung (Bahn-/Straßentransport) von ca. 850 km gehabt,
- > etwa 12.000 Einsatzkräfte des Bundes und der Länder erforderlich gemacht.

Viele Einsatzkräfte aus NRW vor Ort

Das Kontingent der Polizei NRW umfasste insgesamt ca. 1.700 Einsatzkräfte; es war zusammengesetzt aus

- > allen drei Bereitschaftspolizeiabteilungen (BPA)
- > allen drei Technischen Einsatzeinheiten (TEE)
- > insgesamt elf Bereitschaftspolizeihundertschaften (BPH)
- > sechs Teams der Polizeiarztlichen Dienste (PÄD) verschiedener Kreispolizeibehörden
- > zwölf berittenen Polizeireiterinnen und Polizeireitern beider Standorte der Polizeireiterstaffel (PRst)
- > einer Staffel Diensthundführerinnen und Diensthundführer (DHF) aus verschiedenen Kreispolizeibehörden.

Während die 2. BPA NRW Wuppertal mit unterstellten BPH die gesamte Haupteinsatzphase im Castor-Einsatz zu absolvieren hatte, ist besonders bemerkenswert, dass die 1. BPA NRW Bochum und die 3. BPA NRW Köln mit jeweils unterstellten weiteren BPH unmittelbar vor der Abreise in diesen Einsatz noch sogenannte »Brisanz-Begegnungen« der 1. Fußball-Bundesliga zu bewältigen hatten.

Beim Castor-Einsatz selbst kam es dann bei insgesamt im Vergleich zum Vorjahr leicht geringeren Ausschreitungen zu den erwarteten (legalen und illegalen) Aktionsformen

- > Aufzüge
- > Kundgebungen
- > Mahnwachen
- > Protestcamps
- > Straßen-/Gleisblockaden

Die Zahl im unmittelbaren Einsatz verletzter Einsatzkräfte war glücklicherweise relativ gering; fast ausnahmslos blieben die Betroffenen dabei anschließend einsatzfähig.

Abschließend soll besonders erwähnt werden, dass die nach dem letzten Castor-Einsatz deutlich geäußerte, berechtigte Kritik an den überlangen Einsatz- und Schichtzeiten und der teils katastrophalen Ver- und Entsorgungssituation Wirkung gezeigt hat: Das Kräfte- und Logistikkmanagement und die Logistikkbereiche waren erkennbar besser organisiert und ausgestattet. Den dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen ist besonders dafür Dank zu sagen, dass sie die Hinweise und Anregungen aufgenommen und größtenteils umgesetzt haben und somit ganz entscheidend zum Einsatzerfolg beigetragen haben. ///

Dietmar Henning

Polizeiarbeit ist auch echtes Handwerk

Die 2. Technische Einsatz-Einheit (TEE) NRW sichert den Castor-Transport

Eggen und Pflüge, Bagger, Trecker und Erdwälle zur Seite räumen – die TEE war dafür zuständig, die Straßen zum Einsatzgebiet in Gorleben von Barrikaden zu räumen. Polizeidirektor Dietmar Henning, Leiter der Bereitschaftspolizei Wuppertal, berichtet.

Um halb drei Uhr morgens klingelt mich das Handy im schönen »Center Parc Bispinger Heide« aus dem Schlaf. »Gesamteinsatzleitung, Kräftenagement«, stellt sich die ruhige Stimme vor und bittet mich um Ablösung der brandenburgischen TEE aus Potsdam, die seit mehr als 15 Stunden mit der Beseitigung von Barrikaden beschäftigt und am Ende ihrer Kräfte sei. Kurzer Rückruf bei der eigenen Abteilungsführung; die Freigabe erfolgt von dort umgehend.

»Aufstehen, Einsatz«, wecke ich meinen Vertreter. Dann der Anruf beim zuständigen Gruppenführer, der mit seinen Kräften und dem sogenannten »schweren Gerät« in der Theodor-Körner-Kaserne in Lüneburg untergebracht ist. Er übernimmt die weitere Alarmierung seiner Kräfte. Kurzes Frühstück, dann geht's schon los in Richtung Waddeweitz.

Im Kreisverkehr außerhalb des Ortes sind drei Zufahrten der Hauptdurchgangsstrecke nach Lüchow mit tonnenschweren Eggen und Pflügen zugestellt, um die Anfahrt von Einsatzfahrzeugen zum anstehenden Castor-Straßentransport zu verhindern. Fast schon vorbildlich die Absicherung durch Absperrbaken, Flatterband und Warndreiecke.

Kurze Lageorientierung, dann die Auftragsvergabe an die zwischenzeitlich eingetroffenen technischen Einsatzkräfte.

Die bereits aufgestellten eigenen Lichtmasten machen die Nacht zum Tag und ermöglichen damit den Einsatz unserer Spezialfahrzeuge. Während ein Trupp einen Pflug an den Sonderwagen hängt und über die Straße in den nahe gelegenen Acker zieht, hebt ein anderer Trupp ein weiteres Ackergerät mit dem Ladekran der Zugmaschine zur Seite. Eine Egge lässt sich mit dem zweiten Sonderwagen und dem Räumschild locker zur Seite schieben. Nach gut einer halben Stunde ist der Kreislauf wieder frei, der Verkehr läuft nun reibungslos.

Die Befehlsstelle »Leine Goehrde 01«, der wir unterstellt sind, schickt uns weiter nach Kukate. Dort verhindert eine Egge die Weiterfahrt des Dorf-Schulbusses; die Kinder freuen sich wegen des Spektakels. Zwei Sonderwagen spannen sich vor das Gerät und ziehen es 50 Meter weiter auf den angrenzenden Acker. Jeder Handgriff sitzt. Die Kinder sind begeistert, machen Fotos, unterstützen uns bei der Beseitigung von Flatterband und erhalten dafür von uns natürlich den Flyer der nordrhein-westfälischen TEE als kleines Präsent – ein kleines bisschen Werbung muss sein!

Im nahe gelegenen Breustian erwartet uns anschließend ein Acht-Tonnen-Bagger, der sich auf der Ortsdurchfahrt mit Sand- und Ackerboden selbst eingegraben hat. Natürlich ist der Schlüssel nicht vor Ort, dafür aber eine professionelle Kamera des Castor-Fernsehens mit einer Fünf-Mann-Crew, die mit sichtlicher Genugtuung beobachtet, was wir tun. Die Situation ist trotzdem entspannt, wir gehen professionell freundlich miteinander um. Wir können das Unbehagen der hier im Wendland wohnenden Menschen doch auch ein gutes Stück weit verstehen. Die Spezialisten

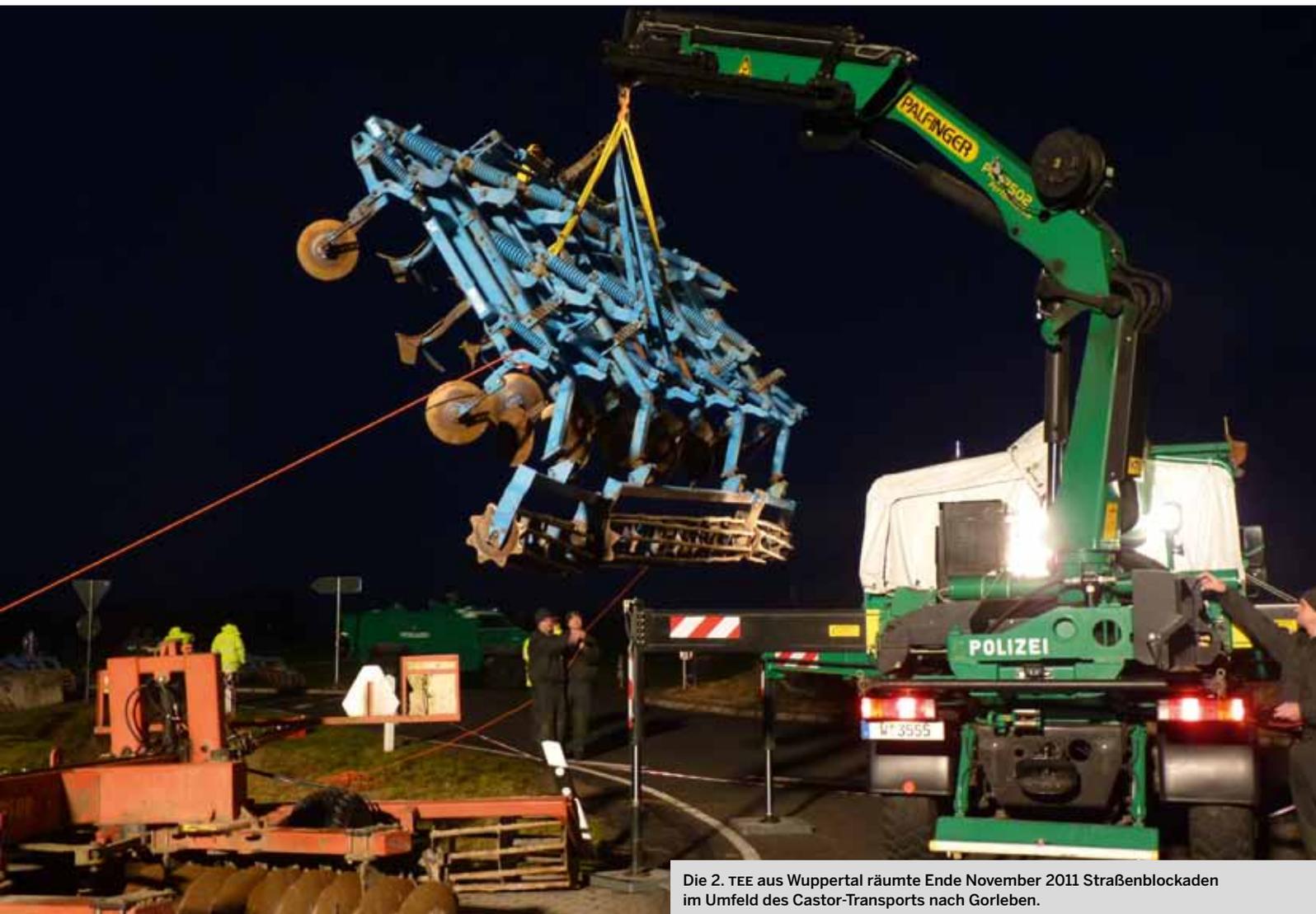
der Technischen Gruppe inspizieren den Bagger. Den Typ kennen sie bislang nicht. Zwei, drei Telefonate mit dem Hersteller und einer Fachwerkstatt für Baumaschinen folgen. Dann werden fachgerecht Verkleidungsteile abgebaut, Kabel gelöst, die Wegfahrsperre überbrückt. Dann springt der Motor an, noch ein paar Handgriffe und die Hydraulik ist einsatzbereit. Der Bagger setzt sich in Bewegung, schaufelt sich selber wieder frei; die Fernseh-Leute ziehen eher lange Gesichter. Sie hätten wohl lieber verzweifelte Versuche oder unprofessionelles Handeln der Polizei gefilmt – glaube ich zumindest.

So langsam geht's nun in Richtung Gorleben und damit zum Castor-Straßentransport. Auf der Anfahrt beseitigen wir mit der Zugmaschine noch einen aufgeworfenen Erdwall kurz vor Gusborn und einen Trecker nebst Egge in der Ortschaft Trebel. Der Trecker wird von uns fahrtüchtig gemacht und auf dem nahe gelegenen Hof abgestellt, die sichergestellten Relais bringen wir unverzüglich zur Abschnittsbefehlsstelle. Dort kann sie der Eigentümer nach unserem »Gorlebeneinsatz 2011« wieder abholen.

Mittlerweile ein wenig müde, aber mit ausgesprochen gutem Gefühl, erreichen wir dann gegen Mitternacht wieder die Unterkunft. Wir haben unseren Einsatzwert deutlich machen können, die Fortbildungsmaßnahme »Treckerblockaden« hat richtig was gebracht und – auf die TEE ist eben Verlass. Wir sind auch ein bisschen stolz auf uns. /// **Dietmar Henning**



Fotos (2): TEE Wuppertal



Die 2. TEE aus Wuppertal räumte Ende November 2011 Straßenblockaden im Umfeld des Castor-Transports nach Gorleben.

Stresstest für den neuen Digitalfunk in NRW

Im erweiterten Probebetrieb werden alle Funktionen getestet

Ab sofort unterziehen die Sicherheitsbehörden in NRW den ersten Abschnitt des neuen Digitalfunknetzes einem Härte-test. In Düsseldorf, Mönchengladbach, den Kreisen Mettmann und Viersen sowie dem Rhein-Kreis Neuss muss das neue Funknetz sechs Monate lang seine Funktionsfähigkeit beweisen. »Wir machen einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zur flächendeckenden Einführung des Digitalfunks in NRW«, sagte Innenminister Ralf Jäger zum Start des Probebetriebs in Düsseldorf. »Die Testphase wird uns zeigen, ob es hakt und wo nachgebessert werden muss. Wir werden das Netz auf Herz und Nieren prüfen.«

Voraussichtlich im März wird dann der Großraum Köln als nächster Netzabschnitt in die Testphase gehen. Die anderen werden folgen. »Wir wollen Erfahrungen sammeln, technische Szenarien erproben und prüfen, ob alle von uns gestellten Anforderungen erfüllt sind«, erklärte Jäger. Bei dem erweiterten Probebetrieb handelt es sich um eine wichtige vertragliche Regelung mit den Herstellern. »Nach den Berichten aus anderen Bundesländern ist es unwahrscheinlich, dass ein Systemwechsel dieser Größenordnung völlig fehlerfrei funktioniert«, machte der Minister deutlich. »Deshalb unterbrechen wir sofort die Probe-phase, wenn wir gravierende Fehler oder Schwächen im System erkennen. Dann müssen die Hersteller die Probleme schnell lösen. Erst wenn alle Tests die volle Funktionsfähigkeit bewiesen haben, werden wir das Netz übernehmen.« Während des Probebetriebs wird der analoge Funk parallel weiterverwendet.

In ganz NRW wird umgerüstet und ausgetauscht

Im Großraum Düsseldorf wurden 41 Basisstationen für den Digitalfunk errichtet. Bei den fünf beteiligten Polizeibehörden werden 36 Wachen und fünf Leitstellen an das Netz angeschlossen. Dazu kommt noch die Landesleitstelle der Polizei in Neuss. Rund 860 Funkstreifenwagen werden umgerüstet und etwa 4.000 Polizisten an den neuen Geräten geschult. Insgesamt rüsten in ganz Nordrhein-Westfalen 47 Kreispolizei- und drei Landesoberbehörden der Polizei sowie 422 Feuerwehren der Kommunen und Kreise, 96 Werksfeuerwehren und die Hilfsorganisationen 26.000 Fahrzeuge um und tauschen etwa 80.000 Funkgeräte aus. Auch die Leitstellen der Feuerwehr werden an die neue Technik angepasst. 40.000 Polizisten und mehr als 120.000 Angehörige von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen werden für den Digitalfunk fit gemacht. Für den Aufbau und Betrieb des Digitalfunks hat das Land NRW rund 513 Millionen Euro bereitgestellt.



NRW-Innenminister Ralf Jäger stellte in Düsseldorf die neuen Digitalfunkgeräte der Polizei NRW vor.

Digitalfunk bietet zahlreiche Vorteile

Die neue digitale Funktechnik zeichnet sich unter anderem durch wesentlich bessere und klarere Übertragung von Sprache aus. Der Digitalfunk ist abhörsicher und bringt zum Beispiel der Polizei, den Feuerwehren, dem Zoll und den Rettungsdiensten mehr Sicherheit. Neben der Hochsicherheitsverschlüsselung bietet die digitale Technik weitere Vorteile gegenüber dem analogen Funk. So verbessert sich die Funkqualität auch unter Extrembedingungen. Die digitalen Funkgeräte sind kleiner, leichter und bieten neben der Gruppenkommunikation zusätzliche Funktionen wie Einzelruf und die Möglichkeit, zu telefonieren und Kurzmitteilungen zu versenden. ///

Redaktion Streife



Beim Pokalspiel Borussia Dortmund gegen Dynamo Dresden Ende Oktober 2011 gab es schwere Ausschreitungen von Dresdner Fans.

NRW-Initiative dient als Leitbild für andere Bundesländer Innenministerkonferenz zum Kampf gegen Gewalt im Fußball

Die Innenministerkonferenz der Länder folgt im Kampf gegen die Gewalt bei Fußballspielen der nordrhein-westfälischen Linie. Die NRW-Initiative »Mehr Sicherheit bei Fußballspielen« ist jetzt wesentlicher Bestandteil des »Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit« (NKSS). Das wurde im Dezember 2011 beim turnusmäßigen Treffen der Landesinnenminister in Wiesbaden beschlossen. Die Netzwerkpartner sind durch den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz gebeten worden, dem NKSS (2012) zuzustimmen und auf die Umsetzung in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich hinzuwirken.

Das Konzept setzt auf den Dialog mit friedlichen Fußballfans. Gleichzeitig setzt es auf ein konsequentes Vorgehen gegen Gewalt. Das Konzept fördert eine verantwortungsbewusste Fankultur und eine nachhaltige Netzwerkarbeit. Die Verkehrsunternehmen bieten entsprechende Reisemöglichkeiten und die Vereine sorgen für die Organisation und eine Begleitung durch Betreuer. So soll die Anreise der Fans zu den Spielen sicherer werden.

Vor dem Hintergrund der neuen Entwicklungen und Phänomene in den letzten Jahren ergab sich die Notwendigkeit, das NKSS grundlegend zu überarbeiten und fortzuschreiben.

Die isolierte Sicht auf die Situation in den Stadien und in deren unmittelbarem Umfeld greift heute zu kurz. Deshalb berücksichtigt die Fortschreibung die Lebenswelt der Fans ganzheitlich.

Mehr Sicherheit bei Fußballspielen ist nur gemeinsam mit den friedlichen Fans zu erreichen. Durch die Umsetzung des fortgeschriebenen NKSS sollen sie als ein wichtiger Partner für eine verantwortungsbewusste Fankultur und gegen Gewalt und sicherheitsgefährdendes Verhalten gewonnen werden.

Bei der Überarbeitung des NKSS hat der Nationale Ausschuss Sport und Sicherheit die aktuellen Handlungsansätze und entwickelten Konzepte aller Netzwerkpartner berücksichtigt und einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt.

Die bewährten Grundlagen des NKSS 1992 wurden fortgeschrieben und um die Themenfelder Fanreiseverkehr, Dialog und Kommunikation sowie einheitliches und abgestimmtes Handeln der Polizeien erweitert.

Das NKSS (2012) beschreibt die Rolle und Verantwortlichkeit aller Beteiligten und macht deutlich, wie ihr Handeln im Netzwerk miteinander verzahnt und aufeinander abgestimmt wird. ///

Redaktion Streife

Foto: Jochen Tack



Die Bekämpfung von Gewalttaten aus der rechtsextremen Szene ist ein Schwerpunkt aktueller und künftiger Polizeiarbeit – auch in NRW.

Unter verschärfter Kontrolle Maßnahmen gegen Rechtsterrorismus in NRW

Die Polizei in NRW nimmt die Taten der sogenannten Zwickauer Terrorgruppe zum Anlass, noch intensiver und nachhaltiger gegen rechtsextremistisch motivierte Straftaten vorzugehen. In der letzten Sitzung des NRW-Landtags im Jahr 2011 hat Innenminister Ralf Jäger das nordrhein-westfälische Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und -terrorismus vorgestellt.

»Die Angriffe der Thüringer Terrorzelle haben nicht nur den Ermordeten gegolten. Sie waren auch Angriffe auf die Gesellschaft, in der wir leben wollen. Angegriffen wurden unsere Liberalität, unsere Weltoffenheit und Demokratie.«
(Ralf Jäger)

Das Aktionsprogramm hat zum Ziel, den Kontroll- und Ermittlungsdruck deutlich zu erhöhen und die Erkenntnisse über die rechtsextreme Szene weiter zu vertiefen. Wo immer Rechtsextreme auftauchen, sollen ihnen die Sicherheitsbehörden »auf den Füßen« stehen; Freiräume sollen eingeschränkt werden.

Weitere Maßnahmen: Rechtsextreme sollen nicht mehr legal an Waffen kommen. Das Aussteigerprogramm wird ausgebaut und im Landeskriminalamt NRW wird ein Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus eingerichtet.

Ein Acht-Punkte-Programm der Landesregierung (s. Kasten S. 20) stellt die Weichen dafür, dass rechtsextreme Radikalisierungsverläufe in NRW rechtzeitig erkannt werden und die Entstehung von Rechtsterrorismus bereits im Ansatz verhindert wird. Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen geplant:

»In unserer immer schneller getakteten Zeit gibt es Menschen, die Angst haben, nicht mehr mitzukommen, die sich überfordert oder unterlegen fühlen und die biografische Brüche zu verkraften haben. So entsteht die Sehnsucht nach einfachen Antworten. Rechtes Denken entsteht, wenn Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile zugelassen, ignoriert oder verdrängt werden.« (Ralf Jäger)

Alle Straftaten von Rechtsextremen statistisch erfassen

Bislang werden Straftaten Rechtsextremen nur dann zugeordnet, wenn die Taten aus politischen Motiven begangen worden sind. Über ihre allgemeinen kriminellen Taten gibt es bisher keine statistische Übersicht. Das soll sich nun ändern: Alle Straftaten von Rechtsextremen sollen künftig in der Polizeilichen Kriminalstatistik ausgewiesen werden. Mit ergänzenden Erfassungskriterien für die Polizeiliche Kriminalstatistik wird ein klareres Bild über alle kriminellen Aktivitäten von Rechten erlangt. Durch die erweiterten Auswertungsmöglichkeiten können die Ermittler kriminelle Rechtsextreme besser und früher ins Visier nehmen. Das Land NRW hat dazu eine Initiative bei der Innenministerkonferenz gestartet.

Polizei personell und organisatorisch verstärken

Das Landeskriminalamt NRW wird ein neues Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus einrichten, das alle relevanten Informationen zusammenführt und bewertet. In besonderen Fällen übernimmt dieses auch zentral die Ermittlungen. Die Polizeibehörden Dortmund, Aachen, Wuppertal und Köln, in deren Bezirken Brennpunkte rechtsextremistisch motivierter Kriminalität bestehen, richten spezielle Sonderkommissionen ein. Die weiteren Kriminalhauptstellen prüfen das auch für ihre Behörden. Landesweit sind dazu insgesamt 35 zusätzliche Ermittlerinnen und Ermittler bereitgestellt worden.

Details zur Einrichtung des »Kompetenzzentrums Rechts« erläutert Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann in einem separaten Interview in dieser Ausgabe.

Rechtsextreme aus der Anonymität herausholen

Alle Personen der rechtsextremen Szene sollen konsequent aus der Anonymität geholt werden.

Neben den rechtsextremen Kameradschaften als Institutionen haben Polizei und Verfassungsschutz zukünftig vor allem die einzelnen gewaltbereiten »Kameraden« im Visier.

»Eine Politik, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht aus dem Auge verliert ist daher zwingend, um Menschen individuell ein Mindestmaß an sozialer und kultureller Sicherheit zu geben. Denn neben Bildung ist das Verhindern von sozialer und kultureller Verwahrlosung vor Ort die beste Präventionsstrategie gegen Rechts.« (Ralf Jäger)

Kontrolldruck auf die rechtsextreme Szene steigern

Die Polizei wird Rechtsextreme und ihre Treffpunkte kontrollieren, wann immer dies möglich und zulässig ist. Der rechtsextremen Szene wird auch dadurch so wenig Handlungsspielraum wie möglich gelassen. Wo immer Rechtsextreme auftauchen, werden sie im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen.

Ermittlungsdruck auf rechtsextreme Straftäter erhöhen

Polizei und Staatsanwaltschaften werden den Ermittlungsdruck auf rechtsextreme Täter deutlich erhöhen. Der Polizeiliche Staatsschutz wird alle Straftaten, also auch die der Allgemeinkriminalität, die von Rechtsextremen begangen werden, täterbezogen bearbeiten. So werden Erkenntnisse an zentraler Stelle gebündelt und Informationsverluste vermieden.

Keine legalen Waffen für Rechtsextremisten

Rechtsextreme sollen legal keine Schusswaffen besitzen dürfen. Der Verfassungsschutz wird zukünftig grundsätzlich an waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen beteiligt. Nach dem Waffengesetz gelten Antragsteller wie Waffenbesitzer als unzuverlässig, wenn sie Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung verfolgen oder unterstützen. NRW wird im Bundesrat eine Initiative zur Änderung des Waffengesetzes starten.

»Der Kampf gegen Rechts kann nicht alleine mit Polizei und Verfassungsschutz gelingen: Kommunen, Vereine, Kirchen, Schulen leisten ihren präventiven Teil. Die gesamte Gesellschaft ist hier gefordert.« (Ralf Jäger)

Vorbeugung und Aufklärung verstärken

Auch die Vorbeugung wird verstärkt. Deshalb ist die Verstärkung der Präventionsangebote ein weiterer wichtiger Baustein des Acht-Punkte-Programms. Verstärkte und frühzeitige Prävention sorgt dafür, dass insbesondere Kinder und Jugendliche nicht in die rechte Szene abgleiten. Das Bildungsangebot für Lehrkräfte und Pädagogen sowie Aufklärungsangebote für Jugendinitiativen sind wichtige Bestandteile der vorbeugenden Arbeit gegen Rechts. Kommunen, Kirchen, Sportvereine und andere Träger sozialer Angebote können durch Aufklärung einen sehr wertvollen Beitrag gegen rechtes Gedankengut leisten. Die Polizei wird sich noch intensiver um Opfer und deren Angehörige kümmern. >

Aussteigerprogramm ausbauen

Die Angebote zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene werden intensiviert. Szeneangehörige werden persönlich kontaktiert. Mussten sich bisher Ausstiegswillige an die Hotline oder an eine Polizeidienststelle wenden, so sollen Rechtsextreme zukünftig von Aussteigerbetreuern direkt angesprochen werden. Über das Internet und soziale Netzwerke soll aktiv für das Aussteigerprogramm geworben werden. Nach wie vor können sich Aussteigerwillige bei der HelpLine »Aktiv gegen Rechts« 0180-310 01 10 melden.

Maßnahmen gegen Rechts auch auf Bundesebene

Auch auf Bundesebene wird der Kampf gegen Rechtsterrorismus intensiviert und ausgebaut. In dem von der Innenministerkonferenz beschlossenen »Gemeinsamen Abwehrzentrum Rechtsextremismus« werden ab sofort bundesweit alle Informationen zur rechtsextremen Szene strukturiert zusammengefasst und unmittelbar ausgetauscht. Durch verstärkte Internetbeobachtung werden rechtsextreme Seiten und Inhalte im Netz durchgehend verfolgt und aufgeklärt. Informationen zu

rechtsextremen Personen, Institutionen, Organisationen und Strukturen werden in der gemeinsamen Rechtsextremismusdatei zusammengefasst. Auch im Verbund der Länder und des Bundes gilt es, Netzwerke zukünftig besser zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zeitnah einleiten zu können. Bei dieser länderübergreifenden Zusammenarbeit gegen Rechts wird auf die im Bereich der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus bereits bewährten Strukturen und Konzepte der Länder sowie des Bundes zurückgegriffen. ///

Andreas Bollenbach

DAS ACHT-PUNKTE-PROGRAMM DER LANDESREGIERUNG

Die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus im Überblick

1. Alle Straftaten von Rechtsextremisten in der Polizeilichen Kriminalstatistik ausweisen
2. Einrichten eines Kompetenzzentrums gegen Rechtsextremismus im LKA NRW
3. Alle Personen der rechtsextremen Szene konsequent aus der Anonymität herausholen
4. Kontrolldruck auf die rechtsextreme Szene steigern
5. Ermittlungsdruck auf rechtsextreme Straftäter erhöhen
6. Keine legalen Waffen für Rechtsextreme
7. Präventive Maßnahmen verstärken
8. Verstärkung des Aussteigerprogramms



Weitere Informationen
finden Sie im Internet unter
www.polizei.nrw.de



Koordiniert gegen rechtsextreme Kriminalität vorgehen Das neue Kompetenzzentrum gegen Rechts beim LKA



Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann spricht im »Streife«-Interview über Ziele, Aufgaben und Organisation des neuen Kompetenzzentrums zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Ein wesentliches Element des Aktionsprogramms gegen Rechts ist das Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus, das im LKA eingerichtet wird. Es koordiniert, bündelt und bewertet Informationen über politisch motivierte Kriminalität von Rechtsextremen. In besonderen Fällen übernimmt das Kompetenzzentrum für Nordrhein-Westfalen zentral die Ermittlungen.

Streife: Herr Schürmann, das Landeskriminalamt richtet ein Kompetenzzentrum zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ein. Welches Ziel verfolgt das Ministerium für Inneres und Kommunales mit dieser Entscheidung?

Dieter Schürmann: In NRW gibt es bislang keine rechtsterroristischen Gruppierungen und das soll auch so bleiben. Mit der Einrichtung des »Kompetenzzentrum gegen Rechts« richtet die Polizei in Nordrhein-Westfalen die Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus organisatorisch deshalb noch nachhaltiger aus. Wir wollen damit die systematische Erhebung von Informationen sowie die

spezifische Auswertung und Analyse verstärken, die Früherkennung von Radikalisierungsverläufen verbessern und den regionalen sowie lokalen Informationsfluss optimieren.

Streife: Wie sollen die Ziele erreicht werden?

Schürmann: Die Verhütung und Verfolgung rechtsextrem motivierter Kriminalität muss noch intensiver als einer der Schwerpunkte der polizeilichen Arbeit verstanden werden. Alle Polizeibeamtinnen und -beamten müssen es als ihre Aufgabe sehen, die Erkenntnislage über rechtsextreme Personen und Strukturen zu verbessern, rechtsextrem motivierte Straftaten frühzeitig zu erkennen und zu verhindern und die Straftaten beweissicher und konsequent zu verfolgen.

Streife: Welche Aufgaben hat das Kompetenzzentrum?

Schürmann: Eine der wesentlichen Aufgaben des Kompetenzzentrums gegen Rechts ist die Erhebung bzw. Bündelung

einschlägiger Informationen sowie die Auswertung und Analyse solcher Daten. Ein umfassendes und aussagekräftiges Lagebild ermöglicht den Sicherheitsbehörden gefährliche rechtsextreme Strukturen und Organisationen früh zu erkennen und nachhaltig gegen diese vorzugehen. Dazu wird das Kompetenzzentrum in Fällen herausragender Kriminalität sogar selbst die Ermittlungen übernehmen. Dem Landeskriminalamt wurden die dafür erforderlichen Ressourcen bereits zugewiesen.

Streife: Welche Schnittstellen gibt es bei der Zusammenarbeit des Landeskriminalamtes mit den weiteren Polizeibehörden?

Schürmann: Das Kompetenzzentrum des Landeskriminalamtes und die weiteren Polizeibehörden, speziell die Kriminalinspektionen Staatsschutz (KI ST) der Kriminalhauptstellen, müssen sehr eng zusammenarbeiten. Schnelle gegenseitige Informationen sind wesentlich für den Erfolg bei der Verhütung und Bekämpfung von rechtsextremistischen Straftaten. Das Kompetenzzentrum wird dazu auch behördenübergreifend Ermittlungsverfahren gegen Rechtsextremisten koordinieren.

Darüber hinaus entwickelt das Landeskriminalamt einen Katalog von Kriterien, der dazu beitragen wird, individuelle Radikalisierungsverläufe und Tatvorbereitungen noch frühzeitiger zu erkennen. Dieser Katalog wird dazu allen Polizeibehörden zur Verfügung stehen.

Streife: Wie weit sind diese Konzepte bereits umgesetzt?

Schürmann: Das Kompetenzzentrum wird bald arbeitsfähig sein. Die Ausschreibungen der entsprechenden Stellen sind bereits angelaufen. Für die erforderliche Technik und Logistik sorgen wir aktuell. ///

Redaktion Streife



Demonstration von Neonazis in Dortmund im vergangenen Jahr – die Polizei hat die Aufgabe, Gewalt zu verhindern und Neonazis und Gegendemonstranten voneinander zu trennen.

Neonazi-Szene unter Druck setzen »Spezielle Sonderkommission« gegen Rechtsextreme in Dortmund

Die Polizei und die Stadtverwaltung in Dortmund wollen mit der Zivilgesellschaft in der Ruhrgebietsstadt eine Allianz gegen die lokale Neonazi-Szene bilden, die, wie die »Kameradschaften« in Aachen, Köln und Wuppertal, einen antidemokratischen Brennpunkt darstellt und mit Gewalt und Bedrohungen den sozialen Frieden in der Stadt stört. Diese Neonazis bilden zwar nur eine kleine Minderheit, treten dafür aber umso radikaler auf.

Dortmunds neuer Polizeipräsident Norbert Wesseler kündigte bereits an seinem ersten Arbeitstag am Jahresanfang die Offensive »Kein Raum für Rechtsextreme« gegen die »autonomen Nationalisten« in der Stadt an. Der Jurist will das Acht-Punkte-Programm des Innenministeriums für Dortmund schnell umsetzen. »Wir werden den Nazis auf den Füßen stehen«, so Wesseler über den zusätzlichen Druckaufbau.

Eine »Spezielle Sonderkommission« der Polizei hat im Januar die Arbeit aufgenommen. Norbert Wesseler betonte, dass die Polizei das Acht-Punkte-Programm

nicht im Alleingang umsetzen könne: »Die Polizei braucht dafür Partner.« Ein starker Partner an ihrer Seite sind etwa die fast 50 Einsatzkräfte des Dortmunder Ordnungsamtes. Diese Ordnungspartnerschaft besteht schon rund 15 Jahre, ist damit eine bewährte Organisationsform und übernimmt mit dem gemeinsamen Vorgehen als »Task Force« gegen den Rechtsextremismus eine zusätzliche Aufgabe.

Eine starke Präsenz auf der Straße und hoher Kontroll- und Ermittlungsdruck sollen das Sicherheitsgefühl vor allem in die Schlagzeilen geratenen Stadtteil Dorstfeld wiederherstellen sowie Wortführern und Aktivisten in der Szene den Boden entziehen. Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau sagte, dass es für die Nazis in der Stadt deshalb »ungemütlich« werde. Im Dezember 2011 hatte der Stadtrat einen umfangreichen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus verabschiedet und dabei ein Opferschutzbüro installiert.

Zusammen gegen Rechts

Schon seit Jahren klären Dortmunder Jugendorganisationen vereint politisch gegen den Rechtsextremismus auf. Hinzu kommt das enorm wichtige Engagement gesellschaftlicher Gruppen, die seit Jahren friedlich gegen die Neonazis in der Stadt

agieren. Mit diesen Gruppen wollen Polizei und Stadt eng kooperieren. Auch, wenn es auf der Straße um Demonstrationsformen gegen Neonazis geht. »Wir müssen das situativ mit der Stadt und mit der Zivilgesellschaft besprechen und dann festlegen, wie unsere jeweilige Taktik im Einzelfall aussieht«, sagte Wesseler. Über Blockaden sagte er in diesem Zusammenhang: »Friedliche Blockaden sind auch ein Mittel der Meinungsäußerung.« Der Polizeipräsident und Oberbürgermeister Ullrich Sierau betonten, dass die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft unerlässlich sei, um Rechtsextremisten die Räume zu nehmen. Parallel dazu intensiviert die Polizei die Kontakte zum Landeskriminalamt und zum Verfassungsschutz, um zusätzliche Erkenntnisse über die Neonazi-Szene zu gewinnen und zu verwerten sowie Ausstiegs-Programme zu intensivieren. Wirksame friedliche Aktionen gegen den Rechtsextremismus gab es in Dortmund schon oft. In vielen Fällen arbeitete der



Ulrich Sierau,
Oberbürgermeister
in Dortmund



Norbert Wesseler,
Polizeipräsident
in Dortmund

demokratische Antifaschismus neben-, aber nicht miteinander. Zurzeit läuft alles auf die Organisation einer breiten Front gegen den Rechtsextremismus in der Stadt hinaus. Der Oberbürgermeister: »Wenn die Nazis das Gefühl haben: Hier ist es aber ungemütlich, wir gehen lieber weg, dann ist das nicht schlecht.« ///

Peter Bandermann



Polizei im Ruhrgebiet geht verstärkt gegen Einbrecher vor

Zentrale Datenbank zu Serieneinbrüchen im Ruhrgebiet in Betrieb



NRW-Innenminister Ralf Jäger beim Start der Kampagne gegen Einbruchdiebstahl in Essen

Die acht Polizeibehörden des Ruhrgebiets gehen verstärkt gegen Serieneinbrecher vor. Sie haben sich im »Auswerteverbund Ruhr« (AWR) zusammengeschlossen und so ihre Strukturen im Kampf gegen Wohnungseinbrüche optimiert. »Mit der neuen Strategie im Rahmen unseres Aktionsprogramms »Riegel vor« verschärft die Polizei im Ruhrgebiet ihre Fahndung«, erklärte Innenminister Ralf Jäger bei der Inbetriebnahme der neuen Datenbank in Essen.

Der Verbund bildet eine neue Informationsquelle für die Ermittler. Alle Informationen stehen über eine Datenbank schnell über die Grenzen der Städte und Behörden hinweg zur Verfügung. Darin sind alle Einbrüche erfasst, die nach Tathergang als Teil einer Serie erscheinen. »Von diesem vorbildlichen Netzwerk profitieren die Menschen in ganz NRW«, betonte Jäger.

»Der Auswerteverbund ist dann besonders schlagkräftig, wenn die Menschen aufmerksam sind und über die Polizeinummer 110 Hinweise geben«, sagte der Innenminister. »Ein Einbruch kann jeden treffen. Aber jeder kann auch etwas tun, um einen Einbruch zu verhindern. Jeder kann seine eigenen vier Wände noch besser schützen, noch aufmerksamer sein. Nur gemeinsam schieben Bürger und Polizei den Einbrechern den Riegel vor.«

Die Aufmerksamkeit jedes Einzelnen ist gefragt

Wie wichtig Hinweise von Zeugen zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität sind, zeigen zwei Beispiele aus Essen:

Nachts fällt einem Ehepaar ein verdächtiges Fahrzeug auf, aus dem drei Männer aussteigen und sich dunkle Jacken überziehen. Sie verständigen die Polizei über die Nummer 110. Die eingesetzten Polizisten nehmen die drei Männer kurze Zeit später bei einem versuchten Einbruch in eine Tankstelle fest.

Ein anderes Ehepaar bemerkt auf der Straße mehrere Personen, die ihnen

verdächtig vorkommen. Sie notieren sich deren Auto-Kennzeichen und rufen die 110 an. Die Fahnder können die vier Täter wenig später auf Grund des Hinweises beim Ausspähen von Häusern feststellen und festnehmen. Über das bei ihnen gefundene Diebesgut werden weitere Wohnungseinbrüche aufgeklärt.

Zahl der Einbrüche steigt stetig

Seit 2008 ist die Zahl der Wohnungseinbrüche bundesweit kontinuierlich gestiegen. In NRW sind viele Städte und Gemeinden davon betroffen. In NRW wurden im Jahr 2010 rund 45.000 Einbrüche registriert. »Darauf hat die Polizei reagiert und geht mit einer landesweiten Strategie vor«, erläuterte Jäger. Das Konzept ist auf eine verbesserte örtliche Analyse, eine systematische Spurensuche und Spurensicherung sowie der Ausschöpfung aller Fahndungsmöglichkeiten ausgerichtet. Zudem stellt das LKA ein Lagebild zur Verfügung, mit dem die Einbruchsentwicklung landesweit und tagesaktuell verfolgt und recherchiert werden kann. Damit können die einzelnen Polizeibehörden Schwerpunkte und Tendenzen bei der Einbruchskriminalität frühzeitig erkennen und gegensteuern. ///

Redaktion Streife

@ Weitere Informationen und das Logo des Aktionsprogramms finden Sie im Internet unter www.riegelvor.nrw.de.



Schritt für Schritt zum Erfolg

Zentralstelle Evaluation: Praxisorientierte Beratung bei neuen Konzepten

An Herausforderungen besteht kein Mangel. Sie zu bewältigen, beginnt für die Polizeibehörden im Land vielfach mit mühseliger Konzeptarbeit. Die ist meist zeitraubend und arbeitsintensiv. Ganz praktische Hilfestellung kommt in solchen Fällen von der Zentralstelle Evaluation (ZEVA) des Landeskriminalamts Düsseldorf. Die ZEVA ist eine Servicedienststelle. Ihr Team bietet praxisorientierte Beratungen und modelliert auf Wunsch die Projektentwicklung vor Ort.



Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden«, weiß Dieter Quermann. »Denn so manches

Problem ist bereits an anderer Stelle erfolgreich bearbeitet worden.« Entscheidend für den Erfolg einer Maßnahme ist, welche Fragen zu Beginn gestellt werden und wie ein Konzept abgeleitet wird. »Die Erfahrung zeigt: Wer sein Projekt differenziert begründet und detailliert niederschreibt, der hat bereits die halbe Miete drin«, sagt Quermann vom Beratungsteam der ZEVA.

Hilfreich ist das methodische Vorgehen, das sich bereits in zahlreichen Projekten bewährt hat. »Wir geben den Kollegen ein Instrument an die Hand, mit dem sie alleine weiterarbeiten und später auch nachprüfen können, ob sie mit ihrer Arbeit erfolgreich waren oder warum vielleicht auch nicht«, erklärt Quermanns Kollege Roland Helbing. »Mit einer guten Planung kann man vieles erreichen.«

Die Bandbreite der Behördenprojekte, die von der ZEVA unterstützt werden, ist groß. Sie reicht von der Kriminalitätsbekämpfung über die Verkehrssicherheitsberatung bis hin zum Behördlichen Gesundheitsmanagement und der Sicherheit bei Fußballspielen. Aktuell werden zehn größere Projekte betreut, die sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befinden. Dazu gehört etwa ein Projekt der Kreispolizeibehörde (KPB) Siegburg, mit dem Wohnungseinbrüche wirksam bekämpft werden sollen oder das Projekt einer anderen Behörde, das Überfälle und Raub auf öffentlichen Straßen und Plätzen verhindern soll.

Die Mitarbeiter der ZEVA setzen sich mit ganz verschiedenen Herausforderungen und Fragestellungen auseinander, wobei das systematische Vorgehen ähnlich ist. Immer stehen am Anfang der Beratung die genaue Definition des eigentlichen Problems und die Analyse der zugrunde liegenden Ursachen. Schritt für Schritt folgen die Beratungen einem methodischen Raster. »Wir nennen dies ursachenorientierte Problemlösung«, erläutert Helbing. »Nur durch ein solches Vorgehen kommen die Behörden schließlich auf die passenden Instrumente und Hebel.«

Die Effizienz und Qualität polizeilicher Arbeit steigern

Die ZEVA wurde 2004 in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. In ihrer Art ist sie bis heute bundesweit die einzige, die die Polizeibehörden bei der Konzeption und Evaluation polizeilicher Arbeit unterstützt und darüber hinaus externe wissenschaftliche Evaluationen koordiniert. Der Rechnungshof hatte 2003 in seinem Bericht die Frage nach Aufwand und Ertrag einzelner Projekte aufgeworfen. Im Visier der Prüfer: Die Kosten für die Kriminalprävention. Hatten die Projekte tatsächlich zum Ziel geführt oder nicht?

Bei manchen Projekten stand der Erfolg außer Frage, andere waren aus nicht nachvollziehbaren Gründen gescheitert. Um die Effizienz und Qualität der eigenen Arbeit zu verbessern, können seither die Projektentwicklung der Polizeibehörden und die Umsetzung in Nordrhein-Westfalen systematisch begleitet und die Ergebnisse festgehalten werden. »Letztlich will die Polizei NRW ihre Entscheidungen auf solche Ergebnisse stützen können«, weiß Quermann. »Zugleich wollen die Behörden wirkungslose Maßnahmen vermeiden.«

Inzwischen ist die ZEVA bei vielen landesweiten strategischen Projekten mit im Boot und etliche Polizeibehörden in NRW bedienen sich der Erfahrung der Kollegen der ZEVA aus Düsseldorf. Die fünf gelernten Polizisten haben sich extern fortgebildet, dabei viel über Evaluationsmethoden gelernt und durch Projektarbeit Erfahrungswissen gesammelt. Im Vergleich hinkt Deutschland bei der wissenschaftlichen Absicherung und Untermauerung der Polizeiarbeit der internationalen Entwicklung eigentlich hinterher. In anderen Ländern wie den USA oder bei den europäischen Nachbarn den Niederlanden, England oder in Skandinavien ist ein solches Vorgehen Gang und Gäbe. >

Wissenschaftler werden hinzugezogen

Für komplexe Untersuchungen holt sich die ZEVA zusätzlich Hilfe von externen Beratern und Wissenschaftlern. So wie bei »Crash Kurs NRW« oder bei der NRW-Initiative »Kurve kriegen«. »Dort kommen komplexe wissenschaftliche Methoden der empirischen Sozialforschung zum Einsatz«, erklärt Dieter Quermann. Da werden beispielsweise mit standardisierten Interviews und umfangreichen Fragebogen Daten erhoben und ausgewertet. »So sollen die Wissenschaftler beleg- und beweisbare Zusammenhänge aufzeigen.« Dass das nicht immer gelingen kann, darauf weist Quermann aber ebenfalls hin. »In vielen Fällen wird es auch den Forschern mit bestem Willen nicht gelingen, die Kausalitäten soweit zu isolieren, dass der Erfolg mit streng wissenschaftlichen Methoden nachgewiesen werden kann.« Das sei wohl so. Das Leben ist schließlich kein Labor.

Die Organisation muss sich erst noch an die Zusammenarbeit mit Soziologen und Sozialwissenschaftlern gewöhnen, vermutet Quermann. Er erinnert sich nur zu gut an Vorbehalte und Skepsis aus einigen Dienststellen. »An manchen Stellen entwickeln Kollegen noch immer den Fragebogen selber, mit dem sie die Wirksamkeit ihrer Maßnahme nachweisen wollen, anstatt das einem dafür ausgebildeten Fachmann zu überlassen«, sagt Quermann.

Wissenschaftler werden hinzugezogen

Aktuell berät und unterstützt das Team der ZEVA das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) NRW bei der Evaluation der NRW-Initiative »Mehr Sicherheit bei Fußballspielen«. Ein wesentlicher Baustein ist die Gewinnung von Erkenntnissen, wie sich Differenzierung, Dialog und Kommunikation auf die Sicherheit auswirken. Deswegen beobachten sie an den Bundesliga-Wochenenden die Kommunikation zwischen Fans, Ultras und der Polizei und tragen so dazu bei, den verantwortlichen Polizeiexperten weitergehende

Detailinformationen zugänglich zu machen. Ergänzt werden die Beobachtungen durch Expertengespräche, Telefoninterviews und Dokumentenanalysen. »Ein spannendes Projekt«, freut sich Roland Helbing, »das ähnelt kriminalpolizeilicher Ermittlungsarbeit, allerdings unter einem etwas anderen Blickwinkel.«

In den zurückliegenden sieben Jahren hat die ZEVA durch ihre Arbeit viele Vorbehalte und manches Vorurteil abbauen können. Über mangelnde Anfragen und Arbeit kann man sich im Sachgebiet nicht beklagen. Dazu beigetragen haben auch die regelmäßigen Jahrestagungen mit den Ansprechpartnern für Evaluation der KPB, bei denen u. a. die Polizeibehörden die Projekte vorstellen, bei denen sie von der ZEVA beraten worden sind. Und nicht zuletzt der ZEVA-Newsletter, mit dem vier Mal pro Jahr neue Behördenprojekte und aktuelle Entwicklungen in der Evaluation verbreitet werden. ///

Jörg Bockow



Führungskräfte der Polizei NRW waren aufmerksame Zuhörer beim »Tag der Kulturen«.



Foto: Jakob Studnar

Gemeinsam die Zukunft gestalten

LAFP NRW veranstaltet zum fünften Mal den »Tag der Kulturen«

Noch klingt es wie Zukunftsmusik. Dabei ist das Ziel klar umrissen: Ohne Angst vor Repressionen oder Benachteiligungen verschieden sein dürfen. Das gilt nach außen hin – also für die Gesellschaft, in der wir leben – aber auch nach innen, also für die Organisation der Polizei selbst. Kulturelle Vielfalt im Polizeidienst wird zusehends selbstverständlicher. Die Organisation wird bunter, und sie wird damit mehr und mehr zum Spiegelbild unserer multikulturellen Gesellschaft.

Die Polizei will angemessen und rechtzeitig auf interkulturelle Veränderungsprozesse reagieren. In Nordrhein-Westfalen führt sie deshalb seit zehn Jahren Seminare zum Thema »interkulturelle Kompetenz« durch. Was für Willi Stratmann, interkultureller Trainer der Polizei NRW, 2001 mit der Leitung eines Projektes begann, ist seit vielen Jahren fester Bestandteil der polizeilichen Fortbildung.

Alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aus NRW sowie Lehrende und Führungskräfte können mittlerweile unter zehn unterschiedlichen Seminarangeboten wie zum Beispiel »Interkulturelle Kompetenz in der Polizei NRW«, »Grundwissen Islam«, »Kulturelle Diversität als Führungsaufgabe« oder »Extremismus rechts/links«, wählen. Die Nachfrage steigt von Jahr zu Jahr. Von 2002 bis 2011 haben allein in NRW rund 7.400 Personen die angebotenen 270 Seminare besucht.

Die Polizei NRW ist damit im Bereich der interkulturellen Fortbildung bundesweit führend. »Unsere Angebote sind eine Mischung aus Wissensvermittlung und Verhaltenstraining. Sie dauern im Durchschnitt drei bis vier Tage«, so Willi Stratmann, der gleichzeitig für die Konzeptionen und die Seminarleitung verantwortlich ist.

200 Teilnehmende beim fünften »Tag der Kulturen«

Vor diesem Hintergrund veranstaltete das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei in NRW (LAFP NRW) am 15. Dezember 2011 im Bildungszentrum Carl Severing in Münster zum fünften Mal den »Tag der Kulturen«. Das Motto des Tages lautete: »Gemeinsam die Zukunft gestalten!«

Moderiert wurde die Veranstaltung von einem interkulturellen Trainerteam: Polizeiberkammerin Sevinc Coskuner und Kriminalhauptkommissar Willi Stratmann. Geladen waren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit Migrationshintergrund und ihre Führungskräfte. Hinzu kamen Vertreter verschiedener Länderpolizeien sowie zahlreiche Gäste aus Politik, Organisationen und Verbänden. Mehr als 200 Interessierte nahmen schließlich an der Veranstaltung teil. >



POK Sevinc Coskuneren, PHK Guido Kamp,
KHK Willi Stratmann

Fotos (2): Jakob Studnar

»Wir sind angetreten, die Qualität der Polizeiarbeit durch interkulturelle Kompetenz zu steigern«, erklärte Sevinc Coskuneren. »Gute Kenntnisse über fremde Kulturen, Sitten und Gebräuche sowie die Denkweisen und Überzeugungen von Migranten sind dafür unabdingbar. Nur so können wir uns – gerade im Konfliktfall – mit Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen verständigen.«

Zehn Prozent der Polizei-Anwärter haben einen Migrationshintergrund

Eine Voraussetzung für eine verbesserte interkulturelle Kompetenz ist es, den Anteil von Beamten mit Migrationshintergrund in der Polizei zu erhöhen. »Wir müssen Schritt halten«, erklärte Polizeihauptkommissar Guido Kamp. Rund 25 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen sind zugewandert oder haben einen Migrationshintergrund. Keine Frage: NRW ist eine multikulturelle Gesellschaft.

Der Anteil an Polizistenbeamtinnen und -beamten mit nicht-deutschen Wurzeln ist in den vergangenen Jahren gestiegen. »In der letzten Einstellungsperiode hatten bereits zehn Prozent einen Migrationshintergrund«, berichtete Kamp in seinem Eröffnungsreferat. »Eine erfreuliche Entwicklung.« Wobei hervorgehoben werden darf, dass die Polizei in NRW eine

Vorreiterrolle übernommen hat. Im öffentlichen Dienst liegt die Zahl der Bewerbungen mit Migrationshintergrund ansonsten deutlich niedriger.

Für mehr Migranten bei der Polizei und im öffentlichen Dienst warb auch Zülfiye Kaykin. Die Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW in Düsseldorf forderte in ihrem Beitrag, die vorhandenen Instrumente stärker zu nutzen, um Menschen mit Migrationsgeschichte zu erreichen. »Der Anteil dieser Menschen im öffentlichen Dienst sollte jährlich um zwei Prozent gesteigert werden.«

Kaykin warf einen Blick zurück in die Entwicklung der Bundesrepublik, die stark durch die Zuwanderung aus anderen Staaten, vor allem der Türkei, bestimmt worden sei. Inzwischen gäbe es keine Alternative, als sich positiv den Menschen mit Migrationshintergrund zuzuwenden.

»Alleine der demografische Wandel motiviert uns zu dieser Haltung. Wenn wir unsere sozialen Strukturen über die Jahre 2020 und 2030 hinaus erhalten wollen, dann steht gar nicht mehr in Frage, ‚ob‘ sondern nur noch ‚wie‘ wir Migranten integrieren und hierbehalten wollen«, erklärte Kaykin. Dies habe aber nicht nur etwas mit ökonomischer Vernunft zu tun, sondern beziehe die Kultur und das Zusammenleben mit ein. »Denn interkulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft.«

Die Tagungsregie bereitete vor dem Auditorium anschließend einen breiten Reigen unterschiedlicher Perspektiven und Erfahrungsberichte auf. Eindrucksvoll, bewegend und erhellend zugleich waren die teils schmerzlichen, teils lustigen Kurzberichte von fünf Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund. Sie erinnerten sich, wie sie zur Polizei gekommen waren und welche Erfahrungen sie anfänglich in der Organisation gemacht haben.

Darüber hinaus erlaubten verschiedene Referenten mit ihren Vorträgen und Präsentationen einen inspirierenden Blick über den Tellerrand. Dabei wurde einmal mehr deutlich, dass der Umgang mit Migrantinnen und Migranten kein deutsches Phänomen und schon gar keine nordrhein-westfälische Herausforderung darstellt. Das haben die Berichte aus den Niederlanden, aus der Tschechischen Republik und die Schilderungen aus anderen deutschen Bundesländern deutlich gemacht. ///

Jörg Bockow



ZUR PERSON:

Gabriela Románková arbeitete neun Monate in der Bundesrepublik Deutschland, um als Praktikantin hautnah die Polizeiarbeit in einer multikulturellen Gesellschaft zu studieren. Fünf dieser neun Monate verbrachte sie bei der Polizei in Berlin, vier Monate erlebte sie die interkulturelle Fort- und Weiterbildung beim LAFP in Münster. »Dabei konnte ich viele Inspirationen für die konkrete Arbeit mit in meine Heimat nehmen«, freut sich Románková.

»Eine Polizei für Alle« Gabriela Románková über kulturelle Vielfalt in der tschechischen Polizei

Die Herausforderungen ähneln sich. Auch in der Tschechischen Republik (ČR) bemüht man sich intensiv, mehr Anwärter mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst zu begeistern. Denn auch die ČR hat ein Problem mit der Integration von Migranten und mit Einwanderern unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Gabriela Románková, Referentin im tschechischen Innenministerium, berichtete, wie man sich in der ČR mit diesem Phänomen auseinandersetzt.

Das oberste Ziel der interkulturellen Arbeit bei der tschechischen Polizei lässt sich unter dem Motto »Wir wollen eine Polizei für alle« zusammenfassen, erläuterte Gabriela Románková. Dieser Slogan sei seit einigen Jahren die verbindende Klammer für die Strategie des Innenministeriums. Auch wenn die Organisation gänzlich anders aufgebaut und strukturiert sei als in der Bundesrepublik Deutschland, gebe es vergleichbare Ansätze.

Roma und Zuwanderer aus der Ukraine

In der Tschechischen Republik leben rund 10,5 Millionen Menschen, für die ein Polizeiapparat mit derzeit 39.000 Polizisten bereitsteht. Dieser ist allerdings in den vergangenen Jahren durch Einsparungen stark geschrumpft.

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund liegt in der ČR bei 4,2 Prozent. Das multikulturelle Spannungsfeld wird von zwölf nationalen Minderheiten bestimmt, an erster Stelle von Zuwanderern aus der Ukraine. Eine besondere Herausforderung böte die Integration der rund 300.000 Roma. »Sie leben ausgegrenzt in Ghettos und sozialen Brennpunkten, meistens unter widrigen Umständen«, berichtete Románková.

Strategisch konzentrierte man sich bei der tschechischen Polizei auf die interkulturelle Fort- und Weiterbildung, sagte Románková. Es werden dafür zwei Seminarzyklen angeboten, bei denen die Teilnehmer zusammen mit Verbindungsoffizieren, externen Experten und Polizisten aus der Praxis an insgesamt sechs Tagen verschiedene Problembereiche behandeln. Außerdem setze man verstärkt auf

Prävention und strebe einen höheren Anteil von Polizeibeamten mit Migrationshintergrund an. Diese sollen die Arbeit der 14 Verbindungsoffiziere für Minderheiten unterstützen. »Derzeit sind etwa 140 Beamtinnen und Beamte in Arbeitsgruppen aktiv«, sagte Románková.

Wenig Kontinuität durch hohe Personalfuktuation

Problematisch sei aber die hohe Fluktuation der geschulten Polizistinnen und Polizisten sowie der Polizeiassistenten, die auf längere Sicht leider eine Kontinuität der Arbeit unmöglich mache. Die Integrationsbemühungen des Staates als eine vordringliche Aufgabe seien längst noch nicht überall in der Polizeiorganisation angekommen. Abschließend blickte Gabriela Románková aber positiv in die Zukunft. Es gebe viele Fortschritte und viele gute Projekte, die einem Mut machen können. ///

Jörg Bockow



Kriminelle kennen keine Grenzen

Joop Siemers und Linda de Wals blicken in die Zukunft der Polizeiarbeit

Inspirierend, vergnüglich und kreativ in die Zukunft gerichtet: Joop Siemers und Linda de Wals, die Referenten aus den Niederlanden, machten deutlich, dass man – ob man es wolle oder nicht – in den Niederlanden bereits tief in einer Auseinandersetzung mit dem Fremden, mit Migranten und Ausländern begriffen sei. »Polizeiarbeit ist längst interkulturell«, stellte Joop Siemers trocken fest.

Auf der einen Seite sei man beispielsweise mit internationalen Delegationen auf der ganzen Welt vertreten – vom Sudan über den Kosovo bis nach Montenegro, auf der anderen Seite mache Kriminalität nicht an der Staatsgrenze halt. »Wenn wir uns mit illegaler Einwanderung, Containertransporten, Rauschgift oder Cyberkriminalität beschäftigen, sind wir mitten im Spannungsfeld multikultureller Strukturen«, sagte Siemers. »Denn Kriminelle kennen keine Grenzen.«

Vor diesem Hintergrund setzten sich Joop Siemers und Linda de Wals mit dem Motto der Veranstaltung auseinander und zeigten auf, wie man sich in den Niederlanden die Zukunft der Polizeiarbeit vorstellt. »Wir werden in Kürze ein großes Personalproblem bekommen«, berichtete de Wals. »Da brauchen wir jeden, der bereit ist, uns zu helfen – egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.« Man müsse sich viel einfallen lassen, um den Beruf attraktiv zu machen.

Ideen für eine multikulturelle Polizei

Siemers sieht auch eine radikale Veränderung der Polizeiorganisation voraus. »Wir brauchen eine neue Polizei in den Niederlanden. Wir müssen uns in unserer Arbeit mit sich schnell wandelnden sozialen Strukturen, den modernsten Techniken und neuesten Trends auseinandersetzen, aber unsere Organisation stammt noch aus dem vergangenen Jahrhundert.« Er fordert von der Führung die Bereitschaft, sich zu verändern. Dazu gehöre unabdingbar kulturelle Diversität und der Mut, von überkommenen Strukturen loszulassen.

Um die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer »neuen Polizei« zu fördern, machten Joop Siemers und Linda de Wals ein paar phantasievolle Vorschläge. Ginge es nach ihnen, müssten Polizeianwärterinnen und -anwärter im Rahmen ihrer Ausbildung für mindestens einen Monat im Ausland eingesetzt werden. Darüber hinaus wünschten sie sich für jede Polizistin und jeden Polizisten eine Art »Undercover-Auftrag«, der für eine gewisse Zeit als Familienmitglied mitten in eine Migrantenfamilie führe. Außerdem müssten sie sich aktiv an mindestens einem Integrationsprojekt in einer Großstadt beteiligen.

Das Moderatorenteam verabschiedete sich auf dem fünften »Tag der Kulturen« der Polizei NRW mit den Worten: »Alles, was bislang in der interkulturellen Fortbildung passiert ist, alle Seminare die durchgeführt wurden, sind eine gegenwärtige Momentaufnahme. Wir müssen den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen: Gemeinsam die Zukunft der Polizei NRW gestalten! // // **Jörg Bockow**

Spontan die richtigen Worte finden

Training sozialer Kompetenzen an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

Hilflos liegt die offensichtlich verletzte Frau am Boden, krümmt sich unter Schmerzen. Tränen stehen ihr in den Augen und sie stammelt nur unvollständige Sätze. Ein Szenario, wie man es in der Wirklichkeit so oder ähnlich antreffen kann. Ganz realistisch, durchaus erschreckend und doch ist in einem solchen Moment schnelle Hilfe gefragt. Da bleibt keine Zeit zum Nachdenken. Es muss spontan gehandelt werden. Dem Opfer soll geholfen werden – nicht zuletzt durch die passende Ansprache.

Petra Drees mimt das Opfer eines schlimmen Verkehrsunfalls. Sie spielt ihre Rolle als Verletzte mit so viel Ausdruck und so authentisch, dass man die sich rasch ausbreitende Blutlache auf dem Filzboden förmlich sehen kann. Scheinbar völlig verwirrt fragt sie immer wieder in die Runde: »Wie ist das nur passiert?«

Petra Drees ist Diplom-Psychologin. Gemeinsam mit der Polizeibeamtin und Sozialpädagogin Silke Kleweken arbeitet sie als Moderatorin und Ausbilderin im aktuellen Kurs des Trainings sozialer Kompetenzen (TSK) im Bachelor-Studiengang an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Münster.

Die richtigen Worte und die eigene Körpersprache sind wichtig

Es ist Montagnachmittag. Die zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer des dreitägigen TSK sind herausgefordert, sich vorzustellen wie man mit einem solchen Unfall-Opfer Kontakt aufnimmt. Jetzt kommt es auf die richtige Ansprache an, auf die passenden Sätze sowie eine freundliche Geste, die dem Opfer Unterstützung und Zuwendung signalisiert.

Wie wird der Polizeibeamte Gerald Laschke mit dieser Situation umgehen? Er ist aus dem Kreis der Teilnehmenden ausgewählt worden und soll den Polizisten darstellen, der als erster am Unfallort eintrifft und als erster mit dem Unfall-Opfer spricht. Die verletzte Frau am Boden brabbelt derweil fassungslos: »Ich habe doch so aufgepasst. Jetzt macht mir mein Mann wieder Vorwürfe!«

Nach kaum zehn Minuten wird die eindringliche Spielszene abgebrochen. Gerald Laschke ist sichtlich erleichtert. Die Szene hat ihn wirklich herausgefordert, teilweise an seine Grenzen gebracht. Jetzt kommt das vermeintliche Opfer zu Wort, um dem Studenten ein erstes Feedback zu geben. Danach wird er darüber sprechen, wie hilflos er sich in dieser Situation gefühlt hat und was ihm alles durch den Kopf gegangen ist. Anschließend ist die ganze Ausbildungsgruppe gefragt, ihre Wahrnehmungen zu teilen und alternative Lösungen vorzuschlagen.

»Eine solche Situation ist nicht leicht«, fasst Christian Siegel den Eindruck aller Teilnehmenden des Kurses zusammen. Einerseits möchte man dem Opfer Halt geben und trösten, andererseits habe man in seiner professionellen Rolle bestimmte Aufgaben zu erledigen. Man müsse auf so vieles gleichzeitig achten, nicht nur die Worte, sondern auch die Körpersprache gehöre dazu – die der Betroffenen und selbstverständlich darüber hinaus die eigene. Nachdenkliche Gesichter am Ende des Tages. Das Thema ist ganz offensichtlich längst noch nicht abgehakt.

Die eigenen Erfahrungen werden aufgegriffen

Die moderierten Gesprächsrunden vermitteln durch realistische Szenarien und Rollenspiele konkrete Erfahrungen und konfrontieren die Teilnehmenden mit starken Gefühlen. Diese bilden die Grundlage für das gemeinsame Lernen. Im TSK werden über den gesamten Ausbildungszeitraum >



Junge Polizistinnen und Polizisten lernen, beispielsweise bei Unfall-Opfern, die unter Schock stehen, die richtigen Worte zu finden.

Foto: Jochen Tack

Erfahrungen und Erlebnisse aus dem Berufsalltag aufgearbeitet und soziale Fähigkeiten für den Umgang mit schwierigen Situationen trainiert. So standen am Vormittag dieses Tages die konkreten Erlebnisse der acht Männer und zwei Frauen aus den Praktika auf dem Programm. Alle berichteten darüber, was sie in diesen Wochen besonders bewegt hatte.

Während der eine die Erfahrung gemacht hatte, dass Bürger mit ihm »nicht reden mochten, weil er ihnen einfach zu jung« sei, war ein anderer mit seiner ersten Leiche konfrontiert und war anschließend auch bei der Todesbenachrichtigung der Angehörigen dabei. Einschneidende Erlebnisse kamen da zur Sprache, die sich bei den Beteiligten eingebrannt hatten – wie der schwere Verkehrsunfall, an den sich Mark Andre Schonhauer erinnert. Auch die Routine eines Büroalltages auf der Wache wurde aufgegriffen. So berichtete Oliver Blömer vom Ansturm der Bürgerinnen und Bürger nach einem Wochenende auf die Wache. Anzeigenaufnahme als Fließbandarbeit: »Da wollen alle auf einmal ihre Anzeigen loswerden.«

Das Hauptthema des Tages war der professionelle Umgang mit Opfern, insbesondere denen von Verkehrsunfällen. Petra Drees und Silke Kleweken hatten dafür ein Video mitgebracht. Emotional bewegende Ausschnitte aus dem nordrhein-westfälischen Unfallpräventionsprogramm Crash-Kurs NRW konfrontierten die Gruppe mit einer wichtigen Aufgabe der Polizei: der Unfallaufnahme. Und dazu gehört der Umgang mit allen Beteiligten – mit Opfern wie auch mit Zeugen, Unfallverursachern und sonstigen Betroffenen.

»Wir haben hier einen geschützten Raum, wo man auch einmal mit seinen Verhaltensweisen und seiner Sprache experimentieren kann«, sagt Silke Kleweken. Sie möchte die Trainingsrunden des TSK am liebsten als eine Art Labor verstanden wissen, in dem sich die Studierenden ausprobieren können. »Hier können sie aus dem unmittelbaren Feedback lernen.«

Vier Trainingseinheiten im Lauf des Studiums

Im Lauf des Bachelor-Studiums an der FH in Münster sind vier Trainings sozialer Kompetenzen vorgesehen. Bis auf das TSK im letzten Ausbildungsjahr, in dem auch die Abschlussprüfungen gemacht werden, sind die Studierenden jeweils für drei Tage und im letzten Jahr für zwei Tage in dem »sozialen Trainingscamp«. Hinzu kommen sieben Stunden für das Selbststudium. Maximal zwölf Personen nehmen jeweils teil. Jede und jeder ist aufgefordert, sich mit persönlichen Erfahrungen einzubringen und aktiv an dem Prozess teilzunehmen. »Wir haben eine Fülle sehr unterschiedlicher Themen und schwieriger Situationen zu bearbeiten«, sagt Petra Drees. »Eigentlich sollten wir dafür viel mehr Zeit bekommen, um nachhaltige Einstellungsänderungen zu bewirken und das Gelernte zu vertiefen.«

Im TSK des ersten Studienjahres stehen grundsätzliche Überlegungen und Übungen zur Kommunikation auf dem Programm. Im Mittelpunkt stehen Präsentationstechniken, der Umgang mit Redeängsten, Stressbewältigung und Entspannungstechniken, die auch praktisch geübt werden. Hinzu kommen die Auseinandersetzung mit der ethischen Handlungslehre und der Umgang mit verschiedenen Einstellungen und Vorurteilen. Schließlich wird das Rollenverhalten thematisiert. Die Stichworte hierzu lauten: meine Rolle als Studierender und meine Rolle als Polizistin oder Polizist.

Im zweiten Studienjahr stehen in den drei Tagen die Zusammenarbeit im Team und der Umgang mit Konflikten sowohl

untereinander als auch im Umgang mit den Menschen im Berufsalltag im Mittelpunkt. Hierbei lernen die Studierenden verschiedene Gesprächsformen kennen, üben sich im aktiven Zuhören, in der Gesprächsführung, der Konfliktwahrnehmung sowie dem Konfliktmanagement.

Im folgenden Workshop wird der Umgang mit Opfern von Unfällen, Übergriffen, Straftaten und Verkehrsunfällen trainiert, danach widmet man sich dem Thema Todesbenachrichtigung und zum Schluss werden herausfordernde und konfliktträchtige Situationen im Kollegenkreis bearbeitet. Dazu gehört unter anderem der Umgang mit Kolleginnen und Kollegen, die Alkohol- oder Drogenprobleme haben oder unter Korruptionsverdacht stehen.

In dem zweitägigen Abschlussworkshop im letzten Ausbildungsjahr stehen drei Themen auf dem Programm: In einem Gerichtsverfahren als Zeuge oder Zeugin aussagen, Zeugen und Beschuldigte vernehmen sowie die Modelle der Gesprächsführung mit Sterbenden, Verletzten, Ersthelfern oder sonstigen psychisch belasteten Beteiligten. Dabei lernen die Studierenden die Bedürfnisse des Gegenübers im Rahmen von Befragungen, Anhörungen und Vernehmungen zu erkennen und zu berücksichtigen.

»Bei einem solch vollen Programm können wir vieles leider nur anreißen«, resümiert Petra Drees. »Aber wenn es uns durch unser Training gelingt, die späteren Polizistinnen und Polizisten zum Nachdenken über ihr Verhalten zu bringen und zu ermutigen, auch einmal etwas Neues auszuprobieren – dann haben wir schon vieles erreicht.« Dem kann Silke Kleweken nur beipflichten. »Ich wünsche mir, dass die Studierenden mitbekommen haben, wie wichtig für ein Opfer die direkte Zuwendung und eine freundliche Geste sind.« ///

Jörg Bockow

Hilfsangebote für gefährdete Kinder

NRW-Initiative »Kurve kriegen« in Köln: Maßnahmen haben begonnen

In Köln werden jetzt 22 Kinder und Jugendliche von der Polizei unter ihre Fittiche genommen. Deren Eltern oder Sorgeberechtigten haben ausdrücklich zugestimmt, dass sie an dem kriminalpräventiven Projekt »Kurve kriegen« teilnehmen, mit dem in Nordrhein-Westfalen besonders auffällige und gefährdete Kinder intensiv betreut und begleitet werden.

»Mit so viel positiver Resonanz und Zuspruch haben wir gar nicht gerechnet«, freut sich KHK Wolfgang Wendelmann, der zusammen mit seinen Kollegen vom Kriminalkommissariat 57 in Köln die ausgewählten Familien besucht hat, um für die Teilnahme der Kinder an der Initiative »Kurve kriegen« zu werben.

Von den aufgesuchten Familien haben 22 ihr schriftliches Einverständnis zur Teilnahme ihrer Kinder gegeben. »Bei einigen Familien hatten wir das Gefühl, dass wir wie gerufen kamen und dass eine Last von ihnen abfiel«, erzählt Wendelmann.

»Die Eltern sind zum Teil mit der Erziehung überfordert und erhoffen sich, dass wir ihnen ein Stück Verantwortung abnehmen.« Die Entscheidung zur Teilnahme war mehrere Male spontan gefallen, andere Familien haben sich ein paar Tage Bedenkzeit ausbebeten.

»Verantwortung abzunehmen ist aber nicht unser Ziel«, fasst Wendelmann den Kerngedanken der Arbeit zusammen. Neben der Arbeit mit den Kindern sollen die Eltern, da wo notwendig, in ihren Fähigkeiten zur Erziehung gestärkt werden. Das musste der ein oder andere Teilnehmer nach den ersten Kontakten mit der pädagogischen Fachkraft erst einmal erkennen. Da ist nichts mit Zurücklehnen nach dem Motto: Macht mal schön, und wenn ihr fertig seid, kriege ich ein braves Kind zurück. »Da sind die Eltern gefragt, denn wir wollen nachhaltig auch das Setting für das Kind verbessern.«

Genug Teilnehmende für die Startphase an Bord

Fürs Erste hat man jetzt in Köln die Akquisition von weiteren Projektteilnehmern gestoppt. »Unser Ziel, in der Startphase 15 bis 20 Teilnehmer zu gewinnen, haben wir erreicht. Jetzt geht es darum, die optimale Betreuung zu organisieren und zu koordinieren«, sagt Wendelmann. Für das Jahr 2012 hat man sich vorgenommen, die Teilnehmerzahl bis auf 40 zu erhöhen. »Dabei müssen wir aber der zeitlichen und personellen Belastung Rechnung tragen«, weiß Wendelmann.



Das Durchschnittsalter der jetzt teilnehmenden Kinder liegt statistisch gesehen bei 13,04 Jahren. Das jüngste Kind ist gerade erst zehn Jahre alt geworden. Die Gruppe besteht aus fünf Mädchen und 17 Jungen. Neun Kinder haben deutsche Eltern, dreizehn haben einen Migrationshintergrund.

Gute Voraussetzungen in Köln

Die Koordination der pädagogischen Maßnahmen wird bei »Kurve kriegen« von einer pädagogischen Fachkraft übernommen. Sie ist der ständige Ansprechpartner für die Familien sowie Kinder, und sie ist Vermittler zwischen Polizei, Jugendamt und den Anbietern der pädagogischen Maßnahmen. In Köln ist dafür der Sozialpädagoge Christof Kolb zuständig, der für das Projekt von der Arbeiterwohlfahrt Köln kommt.

Schon nach wenigen Wochen kann er den ersten Kindern spezielle Angebote machen. »Wir haben in Köln eine ausgesprochen komfortable Situation«, weiß Christof Kolb. »Denn es gibt viele geeignete Anbieter von pädagogischen Maßnahmen und psychologischen Trainings.« Ein besonderes Glück für drei Kinder, die inzwischen individuell unterstützt werden.

Drei Jugendliche – drei individuelle Maßnahmen

»Ein Mädchen bekommt Hilfe durch eine psychologische Beratung«, berichtet Kolb. »Ihre Eltern sind verstorben. Zurzeit lebt das Mädchen in einer Einrichtung, wo es durch Gewalttätigkeiten auffällig geworden ist.« Jetzt versucht man im Rahmen der bewilligten Einzelfallhilfe mit therapeutischen Mitteln negative Erfahrungen aufzuarbeiten und sucht gemeinsam nach einer sinnvollen Freizeitgestaltung. Auch die Heimleitung ist in dieses therapeutische Projekt einbezogen. >

Für ein weiteres Kind hat man die Teilnahme an einem Coolness-Training verabredet. »Es war der Polizei durch Wutausbrüche und Aggressionen aufgefallen«, sagt Kolb. »Jetzt nimmt der Junge einmal pro Woche an einer Gruppe mit acht Gleichaltrigen teil, die dort lernen sollen, wie sie mit Konflikten umgehen und wie sie ein neues Selbstwertgefühl entwickeln können.« Das Projekt »Kurve kriegen« hat ihm die Teilnahme für ein erstes Halbjahr bewilligt. »Wir versprechen uns sehr viel davon«, sagt Kolb. Zwei Trainer kümmern sich um die Gruppe. Sie ermöglichen den Kindern beispielsweise durch Rollenspiele ganz neue Erfahrungen.

Für ein drittes Kind hat man sich etwas Spezielles ausgedacht. Der Junge war den Behörden durch Gewalttätigkeiten und eine Körperverletzung aufgefallen. Daran wird gearbeitet. Daneben ist es auch wichtig, seine positive Seite zu stärken. Der Junge hat nämlich ein Talent zu singen und zu tanzen. Deswegen bekommt er jetzt jede Woche eine Gesangs- und Tanzstunde. »Damit soll er seine Freizeit sinnvoller gestalten«, sagt Christof Kolb, »und er erfährt ein ganz neues Selbstwertgefühl.« Ein Ziel der Maßnahme ist auch bereits definiert. »Am Ende des Kurses soll der Junge einen Auftritt bekommen.«

Derzeit ist der Sozialpädagoge in enger Kooperation und Abstimmung mit dem Jugendamt in Köln dabei, weitere Angebote für seine »Kunden« zu suchen und zusammenzustellen. Durch den engen Kontakt mit den Kindern und den Familien kann er Maßnahmen ganz individuell anlegen. »Die Bandbreite ist groß. Sie reicht von deliktsspezifischen Einzelmaßnahmen bis hin zu erlebnispädagogischen Programmen«, berichtet Kolb.

Und für die Familien haben wir uns auch schon ein gemeinsames Wochenende mit fachlicher Betreuung vorgenommen.« Hier lernen die Eltern einen anderen Umgang und die Familie kann ihr bisheriges Verhalten reflektieren. /// **Jörg Bockow**

HINTERGRUND: DIE INITIATIVE »KURVE KRIEGEN«

In Köln waren im Jahr 2010 1.776 Kinder wegen einer Straftat polizeilich registriert. Einige von ihnen sind der Polizei als gewalttätig und besonders aggressiv aufgefallen, haben Körperverletzungen, Ladendiebstähle oder sogar einen oder mehrere räuberische Überfälle begangen. Über 450 von ihnen sind mehr als einmal registriert worden. Mit der Initiative »Kurve kriegen« soll verhindert werden, dass besonders gefährdete Kinder in die Kriminalität abrutschen und zu Intensivtätern werden. Bis zu zwei Jahren dauert das individuell zusammengestellte Programm für jeden einzelnen Teilnehmer. Das Projekt wird in den acht Modellregionen (Aachen, Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Köln, Hagen, der Rhein-Erft-Kreis und Kreis Wesel) wissenschaftlich begleitet.

Gedenken an Nicole Steiner Sie starb im Alter von 37 Jahren



Foto: Jochen Tack

Am 13. Januar verstarb nach schwerer Krankheit die Polizeioberkommissarin Nicole Steiner. Zuletzt war sie Angehörige des Verkehrskommissariates der Kreispolizeibehörde (KPB) Soest. Die Beisetzung fand am 18. Januar in Heek, KPB Borken, statt.

Als Angehörige des Polizeipräsidiums Dortmund wurde Nicole Steiner am 14. Juni 2000 durch Schüsse eines Straftäters schwer verletzt. Die Polizeibeamtin Yvonne Hachtkemper und die Polizeibeamten Thomas Goretzky und Matthias Larisch von Weitowitz wurden damals von dem Täter erschossen.

Der zehnte Jahrestag dieser Tat war der Anlass für die Gedenkfeier zur Grundsteinlegung des Mahnmals »Der Wächter«

im Landesamt für Aus- und Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW in Selm. Das Mahnmal erinnert an alle im Dienst getöteten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten unseres Landes. Frau Steiner fand in dieser Gedenkfeier bewegende und beeindruckende Worte für das Leid und die Trauer sowie die Belastungen, die Unsicherheit und Herausforderungen der Verarbeitung solcher Geschehnisse, aber auch für Lebensbejahung und die Chance, persönlichen Frieden zu schließen.

Den Kampf gegen ihre Krankheit hat Nicole Steiner verloren.

Wir werden Frau Steiner als engagierte Polizeibeamtin und starke Persönlichkeit in Erinnerung behalten.

Rettungsmedaillen des Landes NRW verliehen

Minister Jäger zeichnet auch mehrere Polizisten aus



Stellvertretend für Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat Innenminister Ralf Jäger 39 Personen mit der Rettungsmedaille des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. In einer Feierstunde auf der Zeche Zollverein in Essen dankte der Minister den Retterinnen und Rettern für ihren selbstlosen Einsatz: »Sie haben sich selbst in Gefahr begeben, um anderen in großer Not zu helfen. Mit Ihrem Verhalten sind Sie Vorbilder für uns alle. Und Sie haben eine weit verbreitete Ansicht widerlegt – die Ansicht, dass sich heute jeder nur für sich selbst interessiert und für die Not des Anderen völlig unempfindlich sei. Dafür danken wir Ihnen herzlich.«

Die Rettungsmedaille des Landes Nordrhein-Westfalen wird seit 1951 für Taten verliehen, bei denen Retterinnen und Retter die Gefahr für das eigene Leben nicht scheuten, um einen anderen Menschen aus einer lebensbedrohlichen Notlage zu befreien. In diesen 60 Jahren wurde die aus massivem Silber gefertigte Rettungsmedaille knapp über tausend Mal verliehen und zählt damit zu den am seltensten vergebenen staatlichen Ehrungen.

Zweijähriges Mädchen aus Teich gerettet

Im Mai 2010 besucht Polizeioberringmeister Daniel Dissevelt das Pfarrfest der evangelischen Kirchengemeinde Waldbröl im Windecker Freizeitpark Dattenfeld. Plötzlich hört er, wie sich Kinder über eine vermeintliche Puppe im nahen Teich unterhalten. Beim ersten Hinsehen ist sich Daniel Dissevelt nicht sicher, ob in der Mitte der ca. 1.000 m² großen Wasserfläche wirklich eine Puppe treibt. Um sich zu vergewissern, steigt er durch das scheinbar harmlose hüfttiefe, ungefähr acht Grad kalte Wasser. Dabei ist ihm nicht bewusst, dass er sich in dem rund 100 Meter tiefen Gewässer nur flach schwimmend bewegen darf. Der lebensgefährliche Teichgrund besteht überwiegend aus so dickem und

zähem Morast, sodass derjenige, der einmal darin eingesunken ist, sich nicht mehr selbst befreien kann und möglicherweise ertrinkt. Nach etwa 500 Metern erreicht er ein bewusstloses, knapp zweijähriges Mädchen. Als er den kleinen Körper auf den Rücken dreht, sieht er in das bläulich angelaufene Gesicht. Er bringt das Kind schnell ans Ufer und legt es auf den Rasen. Unter den herbeieilenden Festgästen sind auch eine Krankenschwester und ein Krankenpfleger. Die Krankenschwester beginnt sofort mit der Wiederbelebung. Der Kollege kommt ihr zur Hilfe und löst sie bei ihren Bemühungen ab. Nach Herzdruckmassagen und Beatmung kommt das Kind wieder zu sich. Als die herbeigerufenen Rettungskräfte endlich eintreffen, hat sich der Zustand des stark unterkühlten Mädchens stabilisiert.

Ohne das beherzte und besonnene Eingreifen der drei Helfer hätte das Kind den Vorfall höchstwahrscheinlich nicht überlebt. Die Krankenschwester und der Krankenpfleger werden mit einer Öffentlichen Belobigung geehrt. >



Bewohner eines brennenden Mietshauses in Delbrück gerettet

Im Mai 2010 gegen 5.00 Uhr morgens brennt es in einem Mehrfamilienhaus in Delbrück. Die beiden Polizeibeamten Jürgen Koch und Alexander Dovatov sind zufällig in der Nähe und kurz nach Empfangen der Meldung vor Ort. Über dem Dach steht bereits ein Rauchpilz und hinter einem der Fenster leuchtet ein Feuerchein. Die Bewohner haben noch nicht bemerkt, in welcher Gefahr sie schweben. Die beiden Polizisten verständigen die Feuerwehr und versuchen die Bewohner durch Türklingeln und Rufen zu wecken. Einer der Hausbewohner wird aufmerksam und öffnet die Haustür. Jürgen Koch und Alexander Dovatov kommt starker Qualm entgegen. Um auch die übrigen Bewohner zu alarmieren, begeben sie sich – trotz eigener Lebensgefahr – ins Haus. Auf dem Weg durch das völlig verrauchte Treppenhaus kommen ihnen zwei der Bewohner entgegen. In der Wohnungstür im zweiten Obergeschoss, in der – wie sich später herausstellte – der Brand ausgebrochen war, steht eine weinende schwangere Frau. Sie ist geschockt; Jürgen Koch und Alexander Dovatov bringen sie die Treppe hinunter

ins Freie. Dann machen sie sich erneut auf den Weg in die dritte Etage. Sie tasten sich durch die offen stehende Wohnungstür und finden im Schlafzimmer die zwei fest schlafenden Bewohner. Sie wecken das Ehepaar und bringen es schnell ins Freie. Dann betreten sie das Haus zum dritten Mal. In der zweiten Etage treten sie mit aller Kraft eine Wohnungstür ein. Die Wohnung ist zum Glück schon leer. Auf dem Rückweg klingeln sie in der ersten Etage Sturm. Die über 80-jährige schwerhörige Bewohnerin kommt ihnen schon entgegen und folgt ihnen nach draußen. Erst jetzt trifft die Feuerwehr ein.

Die beiden Beamten haben dank ihres weit über die Obliegenheiten eines Polizeibeamten hinausgehenden Einsatzes die schlafenden Bewohner des Mietshauses vor dem Tod bewahrt.



Lebensmüde Seniorin gerettet

An einem Morgen im Januar 2011 fahren die Polizeikommissare Tim Farwick und Sven Oblau zu einem Einsatz an der Schlossbrücke nach Mülheim a.d.R. Im Fluss treibt eine leblose Frau. Wie sich später herausstellt, wollte die 76-jährige Frau ihrem Leben ein Ende bereiten. Tim Farwick zieht sich sofort Jacke und Gürtel aus und wadet der Frau entgegen. Das eiskalte Wasser ist an dieser Stelle nur etwa 1,20 Meter tief, aber der Boden ist steinig und die Strömung tückisch. Schließlich bekommt der Polizeibeamte die Frau zu fassen und zieht sie Richtung Ufer. Sven Oblau kommt seinem Kollegen mit einer Warnbake entgegen, die er zuvor von einer

nahegelegenen Baustelle geholt hat. Die Seniorin fest im Griff, hält sich Tim Farwick mit der anderen Hand an der Stange fest, um nicht abgetrieben zu werden. Gemeinsam schaffen es die beiden Männer, die Frau an Land zu bringen, wo sie vom Rettungsdienst versorgt wird.

Zwei Tage später wird die zuvor gerettete Seniorin von ihrem Ehemann als vermisst gemeldet. Zeitgleich wird in Mülheim an der Ruhr eine leblose Frau gesehen, die in der Ruhr in Richtung eines Stauwehres treibt. Die Polizeikommissare Benjamin Beckord und Danny Bücking vermuten sofort, dass es sich um die Frau handelt, die ihre Kollegen zwei Tage zuvor gerettet haben. Am Unglücksort legt Benjamin Beckord sofort seine Uniform ab und gelangt über eine Trittleiter in die Ruhr. Geistesgegenwärtig hat Harald Baumann, ein Mitarbeiter des Wasserwerks, die Turbinenleistung bereits auf ein Minimum abgesenkt; die Unterströmung bleibt trotzdem stark und unberechenbar. Kurz vor dem Wehr besteht auch für gute Schwimmer akute Lebensgefahr.

Benjamin Beckord schwimmt der Frau entgegen und kann sie schließlich greifen. Mit einem Rettungsriff will er die Frau ans Ufer ziehen. Sie wehrt sich jedoch heftig und muss immer wieder beruhigt werden. Kurz bevor beide gegen das Wehr getrieben werden, erreichen sie mit letzter Kraft das Ufer. Danny Bücking und Harald Baumann helfen den beiden Erschöpften und Unterkühlten aus dem Wasser, wo die Frau medizinisch versorgt wird.

Alle beteiligten Polizeibeamten überstehen die dramatischen Ereignisse ohne bleibende Gesundheitsschäden. Tim Farwick, Sven Oblau und Benjamin Beckord erhalten die Rettungsmedaille, Danny Bücking und Harald Baumann eine Öffentliche Belobigung.



Bewohner eines brennenden Hauses in Bochum gerettet

An einem frühen Morgen im Dezember 2010 werden Polizeihauptkommissar Klaus Tintrup und sein Kollege zu einem Wohnungsbrand in Bochum gerufen. Einige Hausbewohner sind bereits auf der Straße und werden von schon anwesenden Kollegen betreut. Die alarmierte Feuerwehr ist noch nicht in Sicht. Dicker schwarzer Qualm quillt aus der offenen Haustür.

Klaus Tintrup verschafft sich einen Überblick. Ein Bewohner macht ihn darauf aufmerksam, dass noch der Mieter aus der brennenden Wohnung im ersten Stock fehlt. Sofort läuft Klaus Tintrup durch den Hausflur zum ersten Stock. Schon auf dem Weg dorthin wird die Sicht immer schlechter; das Atmen fällt ihm schwerer. Klaus Tintrup legt sich in der ersten Etage auf den Boden und leuchtet mit einer Taschenlampe in den Hausflur. Im dicken Rauch sieht er am Ende des Flurs schemenhaft einen Mann, der vor seiner Wohnung auf dem Boden liegt. Klaus Tintrup hält den Atem an und kriecht zu dem bereits Bewusstlosen. Nach mehrmaligen Versuchen schafft er es, den Mann über das Treppenhaus nach draußen zu ziehen. Dort übergibt er ihn an seine Kollegen.

Bevor Klaus Tintrup selbst das Haus verlässt, ruft er noch mal ins Treppenhaus. Da hört er plötzlich Stimmen aus dem zweiten Stock. Klaus Tintrup fordert diese Personen auf, den Atem anzuhalten, die Augen zu schließen und sich am Geländer voran zu tasten. Trotz des immer dichter werdenden Rauches geht er ihnen soweit entgegen, bis er die Nachzügler erfasst und nach draußen führen kann. Kurz darauf trifft endlich die Feuerwehr ein.

Klaus Tintrup und die Geretteten werden mit Verdacht auf Rauchvergiftung zur 24-stündigen Beobachtung ins Krankenhaus eingeliefert.

Nur durch das über seine Dienstpflicht hinausgehende mutige und schnelle Eingreifen von Klaus Tintrup unter Einsatz seines Lebens wurde das Leben der Bewohner gerettet.



Mann aus brennendem Haus in Overath gerettet

Im Januar 2011 fährt Polizeikommissar Björn Perder zusammen mit einem Kollegen kurz vor Mitternacht zu einem brennenden Einfamilienhaus in Overath. Aus dem Haus dringt schwarzer Qualm, neben der Haustür ist offenes Feuer zu erkennen. An einem Fenster im ersten Stockwerk steht ein Mann, der sich nicht mehr traut, die Treppe hinunterzugehen und laut um Hilfe ruft. Das Feuer breitet sich rasant aus.



Während der Kollege in der Nachbarschaft nach einer Leiter sucht, öffnet Björn Perder gewaltsam die Haustür. Das Treppenhaus ist – mit Ausnahme des Bodenbereichs – stark verqualmt. Björn Perder kriecht zum Treppenabsatz, um dem hilflosen Mann mit der Taschenlampe den Fluchtweg zu zeigen. Der Mann wagt jedoch nicht, die obere Etage zu verlassen. Kurz entschlossen robbt Björn Perder unter dem Rauch hindurch über die Treppenstufen nach oben, bekommt den verängstigten Mann zu fassen und zieht ihn die Treppe herunter. Mit letzter Kraft gelangen beide durch den Hausflur nach draußen. Kurz danach – noch vor Eintreffen der Feuerwehr – steht der gesamte Eingangsbereich in Flammen.

Durch sein mutiges und beherztes Eingreifen rettete Björn Perder das Leben des Mannes. /// **Redaktion Streife**

Meister im Team und als Einzelkämpfer

Tolle Leistungen der Polizeisportler aus NRW



Die Wettkämpfe der Polizeisportler auf Landesebene zum Ende des Jahres 2011 wurden in den Polizeilandesmeisterschaften im Handball (in Duisburg), im Crosslauf (in Bochum) und im Volleyball (in Essen) ausgetragen.

Um den Titel des Polizeilandesmeisters NRW im Handball der Männer kämpften insgesamt elf Mannschaften, die sich aus 16 Polizeibehörden zusammensetzten. In der Vorrundengruppe 1 qualifizierten sich die Mannschaften des PP Münster und des PP Dortmund sowie in der Gruppe 2 die Spielgemeinschaften PP Duisburg/LZPD NRW und PP Bielefeld/LR Herford für das Halbfinale. Die Mannschaft des PP Köln als amtierender Meister schaffte den Einzug leider nicht. Nach attraktiven und spannenden Spielen standen die Platzierungen fest:

Neuer Polizeilandesmeister ist die Spielgemeinschaft PP Duisburg/LZPD NRW. Sie gewann das Endspiel gegen die Mannschaft des PP Münster. Dritter wurde die Spielgemeinschaft PP Bielefeld/LR Herford.

Als bester Torschütze des Turniers wurde Tobias Bochwitz, Rückraumspieler des LZPD NRW, mit dem Ehrenpreis des Ministers geehrt.

Crosslauf

Zu den Polizeilandesmeisterschaften und dem zugleich stattfindenden Deutschen Polizeicup (DPC) im Crosslauf gingen über 500 Polizistinnen und Polizisten aus Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und sehr viele aus Nordrhein-Westfalen an den Start. Der Rundkurs durch das Gebiet des Gysenberger Waldes in Herne zog sich über eine Strecke von ca. 3,8 km Länge, die je nach Wettbewerb auch mehrmals zu bestreiten war.

Folgende Bestzeiten wurden erzielt: Auf der Kurzstrecke über 4.000 m siegten Marcel Bischoff (PP Köln) mit 12:18 Minuten und Rike Westermann (PP Köln) mit 14:31 Minuten. Auf der Langstrecke von 7.800 m kamen Frank Apfelbaum (PP Bonn) mit 26:15 Minuten und Rike Westermann mit 29:12 Minuten vor allen anderen ins Ziel. Auf der Langstrecke von 11.600 m siegte Marcel Bischoff mit 38:13 Minuten. Die Ehrenpreise des Ministers für die besten sportlichen Leistungen überreichte der Polizeisportbeauftragte des Landes NRW an Rike Westermann und Marcel Bischoff.

Volleyball

Die Polizeilandesmeisterschaften im Volleyball bildeten den Abschluss des polizeilichen Wettkampfprogramms im vergangenen Jahr. Die qualifizierten Herren-Mannschaften und alle gemeldeten Damen-Mannschaften kämpften den ganzen Tag in der Sporthalle Lührmannwald in Essen um den Titel. Gegen Abend standen dann die Polizeilandesmeister im Volleyball fest. In der offenen Klasse der Herren erreichte die Spielgemeinschaft Rhein-Kreis Neuss den ersten Platz, bei den Damen war es die Spielgemeinschaft Essen-Mettmann-Duisburg. Als beste Spielerin im Turnier wurde Anja Pöpping (PP Essen) ausgezeichnet, der auch der Ehrenpreis des Ministers für die beste sportliche Gesamtleistung überreicht wurde. Als bester Spieler im Turnier zeigte sich Phillip Rumpf (LR Rhein-Kreis Neuss).



Christoph Fildebrandt (PP Köln)



Die Polizeilandesmeisterschaft im Volleyball in Essen



Laufstark: Marcel Bischoff und Rike Westermann (PP Köln)

NRW-Polizei stellt Deutschen Meister über 100 Meter Freistil

Der Kommissaranwärter Christoph Fildebrandt (PP Köln) vom TSV Bayer Dormagen blickt auf viele Erfolge im Jahr 2011 zurück.

Zunächst schwamm er sich mit 49,15 Sekunden im 100 Meter Freistil in das Nationalteam des Deutschen Schwimmverbandes für die WM in Shanghai, bei der er im Juli am Start war. Bei den 123. Deutschen Meisterschaften im Schwimmen Anfang Juni 2011 in Berlin stellte er im 200 Meter Freistil mit 1:49,87 Minuten den neuen Deutschen Polizeirekord auf. Bronze und Silber holte er sowohl im Einzel als auch jeweils mit der Mannschaft. Im September reiste er mit einer Delegation von fünf Teilnehmern der Polizei NRW nach Dnepropetrovsk (Ukraine) und vertrat Deutschland im Ländervergleichskampf der Polizei mit der Ukraine. Dort holte er mit seinem deutschen Team in der 4x100-Meter-Staffel Platz 1 und im Alleingang ebenfalls im 50- und 100-Meter Freistil den ersten Platz.

Bei den Deutschen Kurzbahnmeisterschaften in Wuppertal im November 2011 erhielt er dann endlich das fehlende Metall: Gold im Freistil auf 100 m mit 47,98 Sekunden. Damit ist er erstmals Deutscher Meister!

Im Mai 2012 wird er an der Qualifikation für die Olympiade im August 2012 teilnehmen. Christoph Fildebrandt ist zuversichtlich, dass er sich als Olympiateilnehmer qualifizieren kann. ///

Andrea Schaub

@ Infos, Termine und Ausschreibungen finden Sie im Internet unter www.polizeisport.nrw.de



NRW-Polizisten für Engagement am Hindukusch geehrt

Innenminister Jäger verleiht Afghanistan-Spange



Minister Ralf Jäger zeichnet Hans-Joachim Schmitz (LZPD NRW), Birgit Riedesel (PP Köln) und Hans Dieter Geide (LAFF, BZ Brühl) mit der Afghanistan-Spange aus.

Für ihr besonderes Engagement am Hindukusch zeichnete Innenminister Ralf Jäger drei Polizeibeamte aus NRW aus. Kriminaloberrat Hans-Joachim Schmitz (LZPD, Duisburg) wurde mit der Afghanistan-Spange in Gold geehrt. Polizeihauptkommissarin Birgit Riedesel (PP Köln) und Polizeihauptkommissar Hans Dieter Geide (LAFF, BZ Brühl) erhielten die Afghanistan-Spange in Silber.

Hans-Joachim Schmitz war von April 2002 bis März 2003 Berater im afghanischen Innenministerium in Kabul und leitete von Juli bis November 2008 den Aufbau des Trainingszentrums in Mazar-e Sharif. Birgit Riedesel

arbeitete von April 2010 bis Juli 2011 im Provincial Reconstruction Team (PRT) in Kunduz, zuletzt als stellvertretende Leiterin. Hans Dieter Geide wirkte von Februar 2006 bis Februar 2007 und vom Juni bis August 2008 als Trainingsexperte in Kabul und Kunduz.

Derzeit sind 46 Polizistinnen und Polizisten aus NRW im Rahmen von internationalen Friedensmissionen im Auslandseinsatz. Die Standorte sind neben Afghanistan auch die Republik Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Georgien und der Sudan. In Afghanistan beteiligen sich deutsche Einsatzkräfte der Polizei seit 2002 an der Ausbildung afghanischer Polizisten. Das Engagement in Afghanistan steht im Fokus der deutschen Öffentlichkeit.

Aktuell arbeiten 29 Polizisten aus NRW in Afghanistan: »Die Einsätze sind notwendig und wir tun sehr viel, um unsere Polizistinnen und Polizisten bestmöglich für eine Auslandsmission auszustatten, fortzubilden, zu betreuen und deren Sicherheit zu gewährleisten«, sagte NRW-Innenminister Ralf Jäger bei der Verleihung der Auszeichnungen in Brühl. Im Rahmen einer auswärtigen Sitzung informierte sich der Innenausschuss des NRW-Landtages im Brühler Polizeibildungszentrum über die spezielle Polizeiausbildung für Auslandseinsätze.

///

Redaktion Streife



ZEITZEUGEN GESUCHT 50 JAHRE STREIFE – WIE WAR DAS DAMALS?

Im April 1962 erschien die erste Ausgabe der *Streife*. Damals gab es Kurzgeschichten und Staatsbürgerkunde in der Zeitschrift und eine Seite mit aus heutiger Sicht ziemlich angestaubten Witzen. Die fachlichen Themen sind jedoch weitgehend gleich geblieben. In den nächsten *Streife*-Ausgaben möchten wir exemplarisch ein paar Ausschnitte aus den Ausgaben vor 50 Jahren präsentieren und suchen pensionierte Polizeibeamtinnen und -beamte, die aus den 1960er oder 70er Jahren berichten können, für kurze Interviews.

Wer ist noch in einem Porsche Cabrio über die Autobahn gefahren? Wer war schon damals an der Polizeischule in Kabul (Afghanistan)? Wer kennt noch kriminaltechnische Sonderkraftwagen, die aus einem umgebauten VW-Bus bestanden (siehe Foto)? Wer ist damals in den ersten Polizeihubschraubern mitgefliegen? Oder wer hat seine Ausbildung in der damals nagelneuen Landespolizeischule in Münster erhalten?

Interessenten melden sich bitte beim Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion *Streife*, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66, Fax (0211) 871-23 44,
E-Mail: Ralf.Hoevermann@mik.nrw.de



Urlaub '72



Heiße Zeiten Die Streife verlost 2x2 Freikarten

Die Revue »Heiße Zeiten« (Regie: Gerburg Jahnke) begeisterte bereits im letzten Sommer drei Wochen lang die Zuschauer im Düsseldorfer Capitol Theater. Nun kehrt die humorvolle Show rund um die Wechseljahre, den vermeintlichen Schrecken aller Frauen und Männer, zurück in die Landeshauptstadt und macht vorher noch in Köln Station.

Ort des Geschehens ist die Abflughalle eines Flughafens. Hier treffen die »Ladies im Hormonrausch« aufeinander: Eine ledige Karrierefrau auf dem Weg zu einem extrem wichtigen Geschäftstermin. Eine Hausfrau, verheiratet, drei Kinder, die zum ersten Mal fliegt. Die Vornehme, reich verheiratet, hat Stress mit ihrer Tochter, einen Vater, der gerade aus dem Altenheim ausgerissen ist und nicht mehr weiß, wie man »Sex« eigentlich schreibt. Die vierte Frau ist »erst« 42 Jahre alt: Bei ihr tickt die biologische Uhr: Sie will schwanger werden, bevor es zu spät ist, hat aber einen zeugungsunfähigen Verlobten.

Diese Konstellation bietet Zündstoff für ein komödiantisches und musikalisches Feuerwerk der besonderen Art. Von der Schnulze über Popsongs und Klassiker der Discowelle bis hin zu Jazzstandards – alle in einer deutschen Version – weiß Gerburg Jahnke, die von 1985 bis 2005 zusammen mit ihrer Bühnenpartnerin Stephanie Überall das Comedy-Duo »Missfits« bildete, alles mit knallhartem weiblichem Humor auf das Leben und die aktuellen Sorgen der Frauen umzumünzen.

»Heiße Zeiten« läuft vom 4. bis 29. Juli im Musical Dome in Köln und vom 1. bis 17. August im Capitol Theater in Düsseldorf – die Streife verlost 2x2 Freikarten dafür.

Alle Streife-Leser erhalten bei Angabe der Kunden-PIN 2384 bei der Tickethotline 0211 / 734 41 20 eine Ermäßigung von zehn Prozent auf die Vollpreiskarte. Die Ticketpreise liegen zwischen 17,90 € bis 49,90 € zzgl. Vorverkaufsgebühr und 2,00 € Systemgebühr.

Drall des Balles (franz.)	spanische Insel	anwesend	ein Körperteil	Temperatur-einheit	einf. Programmiersprache (EDV)	angebl. Körperausstrahlung	unbekleidet
Wintermonat, Monatsname				Kassenzettel			
Leibwäschestück	Kleider-, Mantelstoff	Stadt und Provinz in Spanien					
		4		oberer Raumabschluss		scharfe Gewürzsoße	
	3		Geldbetrag	Abk.: Europ. Gemeinschaft	beleibt, prall		
ungefähr	Bandit	internat. geltende Vorschrift					1
innere Bewegung				Alarmgerät		fort, weg	Abk.: Arbeitsgemeinschaft
Abk.: außer Dienst		auf mehrere verteilter Betrag	Kfz-Z. Türkei	Maßeinteilung an Messgeräten			
Kennziffer	rege, rührig				2		
				schmaler Durchlass	Zahlungsmittel	Auflösung des letzten Rätsels D U B U R E N N B A H N O S T U N I O N S P R A C H E O S E H O R S T G E M U E S E A E L E E R H G M C E R E S F R O S C H A K U T A L T A I R E L I O K T A N H I L F S W E R K R A R R E N T E N E I D (1-8) Schmiere	
riesige Gewichtseinheit	lufförmiger Stoff	Aufgussgetränk	Hirnstrombild (Abk.)				
			Stylingprodukt für die Haare				
Bitte um Antwort	Gefühlswelt			5	Abk.: Durchmesser		

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---



Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 30.03.2012 einsenden an: Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Redaktion Streife, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf, E-Mail: streife@mik.nrw.de Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Verantwortlich

Ludger Harmeyer,
Leiter des Referates Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Redaktionsleitung

Ralf Hövelmann
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streifen*
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streifen.polizei.nrw.de
E-Mail: streife@mik.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Peter Bandermann, Dr. Jörg Bockow,
PD Dietmar Henning (PP Wuppertal),
Susanne Klink (LAFP NRW),
PHK Martin Lültsdorf (PP Köln),
Anja Schaub (PSK NRW), Udo Tönjann (MIK)

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf

Druck

kuper-druck gmbh, Eschweiler
Papier: EuroBulk, PEFC-zertifiziert



Die *Streifen* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus
6-mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung
können direkt an die Redaktion gesandt werden.
An den abgedruckten Beiträgen behält sich
die *Streifen* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel,
auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe.
Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die
Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis.
Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert ein-
gesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen